

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

43 (7.2.1906) Badischer Landtag. 19. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Badischer Landtag.

19. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Montag den 5. Februar 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung
2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bedtold und Gen., die neuen Reichsteuervorlagen betreffend — Drucksache Nr. 24 — (Fortsetzung).

Im Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch, Minister des Innern Dr. Schenkel, Präsident des Ministeriums der Finanzen Geh. Rat Becker, Geh. Rat Reinhard, Geh. Oberfinanzrat Dr. Nicolai.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 45 Minuten nachmittags.

Es werden folgende Einläufe verlesen:

1. Bitte des ehemaligen Bureauassistenten Jakob Reichert in Freiburg um Erhöhung seines Ruhegehalts.
2. Resolution zu der Petition des Gemeinderats Triberg, den Neu- oder Umbau des Bahnhofs in Triberg betr.
3. Urlaubsgesuch des Abg. Neuhaus.
4. Schreiben des Präsidenten des Großh. Staatsministeriums mit der Bestätigung des Empfangs der Nachricht über das Ableben des ersten Vizepräsidenten der Zweiten Kammer unter Kundgebung des Beileids der Großh. Regierung.
5. Desgleichen des Präsidenten der Ersten Kammer der Landstände.
6. Schreiben des Ministers des Innern mit den Akten über die Abgeordneten-Ersatzwahl im 2. Wahlkreis (Meßkirch-Stodach).
7. Folgendes Schreiben des Ministers des Innern vom 3. Februar d. J. an den Präsidenten der Zweiten Kammer:

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich mit Bezug auf die über die Benutzung der Rheinwasserkräfte in der 15. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer vom 26. Januar d. J. eingebrachte Interpellation der Abgg. Obkircher und Genossen ergebenst nachstehendes mitzuteilen:

Nach dem von der Zweiten Kammer in ihrer 129. öffentlichen Sitzung vom 16. Juni 1904 über die Anträge

der Abgg. Obkircher und Gen., sowie der Abgg. Eichhorn und Genossen, betreffend die Benutzung der Rheinwasserkräfte bzw. der öffentlichen Gewässer überhaupt, gefaßten Beschlusses ist die Großh. Regierung ersucht worden, in erster Reihe durch eine aus hervorragenden Technikern, Industriellen und anderen geeigneten Persönlichkeiten zusammengesetzte Kommission eine Untersuchung über eine Anzahl näher bezeichneter Fragen anzustellen und sodann in einer der Öffentlichkeit zugänglich zu machenden Denkschrift die Ergebnisse dieser Untersuchung niederzulegen und dem künftigen Landtag eine Mitteilung über die auf diesem Gebiet verfolgten weiteren Absichten zugehen zu lassen.

Die Großh. Regierung ist bei Prüfung dieses Kammerbeschlusses in Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse zu dem Ergebnis gelangt, daß von der Berufung einer Kommission zunächst abzusehen sei, bis auf Grund der bereits erfolgten, nach mehreren Richtungen noch der Ergänzung bedürftigen Erhebungen, Feststellungen und Verhandlungen das für die technische und wirtschaftliche Beurteilung der in Betracht kommenden Fragen unerläßliche tatsächliche Material zusammengestellt und der Öffentlichkeit in einer Denkschrift zugänglich gemacht wäre. Ein Bedürfnis zur Einberufung einer Kommission schien der Großh. Regierung in diesem Stadium um so weniger vorzuliegen, als den hauptsächlich beteiligten Kreisen in anderer Weise Gelegenheit geboten war, ihre Anschauungen und ihren Interessenstandpunkt zur Kenntnis zu bringen.

Demgemäß ist die Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues mit der Bearbeitung einer Denkschrift über die technischen und wirtschaftlichen Seiten der Wasserkraftfrage beauftragt worden. Dieselbe ist bereits fertiggestellt und wird etwa Ende dieses oder Anfang kommenden Monats den beiden Kammern der Ständeversammlung übergeben werden können. In der Denkschrift ist im wesentlichen die Antwort auf die in der Interpellation gestellten Fragen enthalten.

Würde die Hohe Zweite Kammer, nachdem ihre Mitglieder von der Denkschrift Kenntnis genommen haben, den Wunsch hegen, daß in die Beratung der Interpellation noch eingetreten werde, so wäre die Großh. Regierung zur Antworterteilung an einem noch näher zu bestimmenden Tage bereit.

Der Präsident schlägt vor, die Akten über die Ersatzwahl im zweiten Wahlkreis (Meßkirch-Stodach) sofort der Wahlprüfungskommission zur Beratung und An-

tragstellung zu übergeben und zu diesem Zwecke die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen.

Das Haus ist damit einverstanden.

Die Sitzung wird hierauf um 4 Uhr 55 Min. unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung, kurz nach 5 Uhr, erklärt der Vorsitzende der Wahlprüfungskommission, Abg. **Je h n t e r**, daß, obwohl kein Wahlprotest eingetroffen sei, die Kommission nicht in der Lage sei, die Prüfung der Wahl des neugewählten Abgeordneten Brodmann schon heute vorzunehmen, da die umfangreichen Bemerkungen des Wahlkommissärs ein eingehendes Studium der Akten nötig machen würden, wozu jetzt die Zeit fehle. Die Kommission bitte daher, die Prüfung auf später verschoben zu dürfen.

Das Haus erhebt keinen Widerspruch.

Der **Präsident** gibt sodann bekannt, daß noch eine Petition der Gemeinden Durmersheim, Forchheim und Mörsch wegen Aufhebung einer Verordnung der Forstverwaltung für die Waldungen auf ihren Gemarkungen eingetroffen ist.

Dieselbe wird der Petitionskommission überwiesen.

Zur Geschäftsordnung erhalten das Wort und teilen mit

Abg. **Dr. Vinz**, daß die Kommission für Justiz und Verwaltung sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. **Dr. Vinz** (natl.) gewählt habe. Bezüglich der Wahl des Berichterstatters behalte sich die Kommission die Beschlußfassung vor;

Abg. **Fehrenbach**, daß die Schulkommission sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. **Fehrenbach** (Zentr.) und zum Berichterstatter den Abg. **Kohrhurst** (natl.) gewählt habe;

Abg. **Wittum**, daß die Steuerkommission sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. **Wittum** (natl.) und zum Berichterstatter den Abg. **Je h n t e r** (Zentr.) gewählt habe;

Abg. **Geppert**, daß die Kommission für das Versicherungswesen sich konstituiert und zum Vorsitzenden den Abg. **Geppert** (Zentr.) und zum Berichterstatter den Abg. **Mayer-Mannheim** (natl.) gewählt habe.

Zur Tagesordnung erhält zunächst das Wort

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.): Zu unserem Budget und zur Reichsfinanzreform brauche ich weitere Ausführungen nicht zu machen. Ich kann mich hier in vollem Umfange den Ausführungen meines Freundes Giebler anschließen.

Andererseits steht es mit den politischen Fragen, über die ich mir einige Ausführungen gestatten muß, namentlich mit Rücksicht auf die Art u. Weise, mit der vorgestern der neue Fraktionschef der nationalliberalen Partei, der Herr Abg. **Vinz**, diese politischen Fragen behandelt hat. Er hat das schwerste Geschick gegen uns von der Zentrumsfraktion aufgeführt, nachdem schon vorher von Seiten der Herren Abg. **Rebmann** und **Obkircher** ein außerordentlich lebhaftes Schützenfeuer gegen uns eröffnet worden war. Wenn man in solchen Tönen redet, wie es Herr **Vinz** getan hat, so braucht man eigentlich, wie es vor einigen Tagen geschah, nicht mehr darüber nachzuforschen, wer schuld ist an der neuerdings in diesem Hause wieder aufgenommenen schärferen Tonart. Die Tonart des Herrn Kollegen **Vinz** ist eine derart scharfe, daß sie an Schärfe

kaum wird übertroffen werden können. Dabei habe ich auch diesmal wieder die Wahrnehmung machen müssen, die ich schon gegenüber früheren Ausführungen des Herrn Abg. **Rebmann** gemacht habe, daß man einen vollständigen Mangel an jeglicher Objektivität konstatieren muß. Da wird wieder wehleidig geklagt über die schweren Angriffe, die von unserer Seite, von unserer Presse gegen die Herren ausgehen, und dabei scheint es, als ob die Herren ihre eigene Presse gar nicht lesen, als ob es ihnen gar nicht zum Bewußtsein kommt, mit welcher schweren, mit welcher beleidigenden Angriffen auf ihrer Seite gegen uns vorgegangen wird. Es ist auf Angriffe hingewiesen worden, die gegen den Herrn Kollegen **Rebmann** erhoben worden sind. Denkt man denn wirklich nicht an die viel schwereren Angriffe, die z. B. gegen den Gegenkandidaten des Herrn **Rebmann** im Wahlkampf und nachher noch geltend gemacht worden sind? Gibt es eine beleidigendere Äußerung, als die Behauptung des Herrn Kollegen **Rebmann**, daß die katholische Geistlichkeit sich zu der politischen Wahlthätigkeit verleiten lasse vielfach gegen ihre eigene Ueberzeugung und gegen ihren eigenen Willen? Das ist nicht bloß beleidigend, sondern auch innerlich unrichtig, und die Herren müßten dafür auch einigermassen Verständnis haben, daß alle Zeichen der Zeit die katholische Geistlichkeit auf Beteiligung am politischen Leben hinweisen, daß dieselbe geradezu sich einer bürgerlichen Pflicht entziehen würde, wenn sie sich still in ihr Kämmerlein zurückzöge. (Bravo! beim Zentrum.) Der Geistliche aber, der sich zurückzöge, der nur an seine Bequemlichkeit denken würde, der hätte es von diesem Gesichtspunkte aus sicher nicht zu bedauern. Denn, das wissen die Herren doch auch, daß eine große Reihe unserer Pfarreien von der Regierung besetzt werden, und ich glaube, daß da bei den Bewerbungen ein durchaus unpolitischer Pfarrer die meisten Chancen hätte. (Sehr gut! im Zentrum.)

Ich möchte Sie wirklich auch einladen — Sie werden mir wahrscheinlich aber nicht folgen — die alten Rekriminationen bezüglich **Lender**, **Hansjakob**, und neuerdings auch **Kraus** fallen zu lassen, wenn Sie sich nicht dem Verdacht aussetzen wollen, daß Sie dabei nicht alles, sondern nur das mitteilen, was Ihnen genehm ist, gerade einen Vorwurf, den Sie gegen uns ja sehr gerne erheben. Ein Politiker sollte wissen, daß im Verlaufe des letzten Herbstes aus Anlaß der Wahlkämpfe mein verehrter Freund und Gönner, der Herr **Prälat Lender**, sich zu den politischen Tagesfragen dahin geäußert hat, daß angesichts der Zeichen der Zeit auch die Geistlichkeit jetzt wieder eingreifen muß in den politischen Kampf, und wenn Sie vor meinem Freunde **Hansjakob** diese oder jene Schrift zitieren, so wissen Sie doch auch, daß in politischer Beziehung auch **Hansjakob** das Bekenntnis abgelegt hat, daß er mit seinen Anschauungen im Unrecht war, und daß eine gewisse schärfere Tonart, nämlich die **Wadersche** Tonart, sich als notwendig erwiesen habe; auch der Herr **Pfarrer Kraus** ist jedenfalls gegenüber der heutigen Situation ein überaus überzeugter und tätiger Anhänger des Zentrums. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich will diese Gelegenheit auch gleich benutzen, um die Frage meiner persönlichen Stellungnahme zum „**Waldmichel**“ abzumachen. Herr Kollege **Vinz** — ich habe es nicht gehört, ich habe es aber nachher in den Berichten gelesen — hat geäußert, daß ich in einer Wahlversammlung in Freiburg eine ablehnende Haltung gegenüber dem „**Waldmichel**“ eingenommen hätte. Das ist richtig, wenn man nur die Blätter der liberalen Presse gelesen hat. Diese hat nur den Teil meiner Ausführungen über den „**Waldmichel**“ behandelt, der ihr in den Kram paßt; alles andere hat sie nicht gebracht. Ich will hier einfach wiederholen, was ich in jener Wahlversammlung gesagt habe: Ich sagte, der „**Waldmichel**“ ist durchaus eine pri-

vate Arbeit eines Mannes, für welche in ihrem ganzen Umfang und für jeden einzelnen Teil die Verantwortung zu übernehmen für unsere Partei eine Veranlassung nicht vorliegt. Ich hätte weiter hinzufügen können, daß es bei dem „Waldmichel“ sich um eine Streitschrift handelt, und bei einer Streitschrift kann man, wenn auch die historischen Einzelheiten alle der Wahrheit entsprechen, leicht den Vorwurf der mangelnden Objektivität in dem einen oder dem anderen Punkte erheben. Ich habe des weiteren hinzugefügt, warum nach meiner Anschauung der „Waldmichel“ zu rechtfertigen ist. Wenn man die politischen Kämpfe, die Wahlkämpfe verfolgt hat, so konnte man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß alles, was je irgend einmal an Schwächen oder Gebrechen in der katholischen Kirche — und auch sie ist in ihrer menschlichen Daseinsform eben an die menschlichen Gebrechen gebunden — sich gezeigt hat, daß man das hervorzerzt und uns, der Zentrumsparthei, dieser ganz modernen Einrichtung, an die Hochschöze hat heften wollen. Wenn man alte überlebte Anschauungen, die einer ganz anderen Auffassung der historischen Verhältnisse, einer ganz anderen Richtung der staatsrechtlichen Lebensbedingungen entspringen, zur Betrachtung unserer gegenwärtigen Verhältnisse heranziehen und uns damit schlagen will, wenn man uns der Intoleranz und was weiß ich alles bezichtigen will, dann hat man auch auf unserer Seite das Recht, mindestens 40 Jahre zurückzugehen und einmal zu untersuchen, wie in dieser Zeit von der nationalliberalen Partei Geschichte gemacht worden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dabei mögen Ausführungen über gewisse Härten bei Gesetzen durchaus richtig sein; deshalb braucht man aber doch nicht die Schlussfolgerung zu ziehen, daß man heute gewillt wäre, das ganze Werk wieder zu Boden zu werfen und wieder den alten Zustand einzuführen. Wenn die Herren sich beklagen über die Kampfesweise von unserer Seite, wie viel Recht hätten wir dann, uns zu beklagen! Wir haben unsere Erklärungen damals abgegeben vor der größten Oeffentlichkeit, mit aller Ehrlichkeit, mit dem besten Willen, sie aufrichtig zu erhalten, und mit der Macht, sie auch durchzuführen; allen diesen Versicherungen aber glaubt man nicht, man bemängelt sie, zerrt sie herunter in der Presse und macht sie zum Gegenstande leidenschaftlicher Bekämpfung auch hier in diesem Hause. Das halte ich nicht für recht. Wenn in einer so großen wichtigen Frage solche klare und bestimmte Versicherungen gegeben werden, und wenn auch alle Gründe vorhanden sind, daß diese Versicherungen nicht bloß ehrlich gemeint sind, sondern auch nach dem Willen ihrer Erklärer durchgeführt werden können und sollen, dann sollte man sich damit unter Gentlemen bescheiden! (Bravo! und Sehr richtig! im Zentrum.)

Glauben wir eigentlich, mit den Kämpfen, wie wir sie jetzt wieder erlebt haben und wahrscheinlich noch längere Zeit hindurch erleben werden, ein Ruhmesblatt in den badischen Parlamentarismus einzufügen? (Sehr gut! im Zentrum.) Im Reichstag haben Sie diese Kampfesart aufgegeben, dort gibt es höchstens noch einige solcher Kämpfer; so die neue Erscheinung des Herrn Müller-Meinungen, der mit den Mitteln arbeitet, die hier so geläufig sind; er wird aber von seinen eigenen Fraktionsgenossen in Berlin abgewiesen. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist es der 10-Gebote-Soffmann — der Mainzer David redet in einer anderen Tonart —, aber der 10-Gebote-Soffmann redet in dem Tone des Karlsruher Rondells. Und dann ist es etwa noch der elsässische Demokrat Blumenthal, der auch solche Töne auf der Leier hat. Ich glaube, im Reichstag würde sich in der nationalliberalen Fraktion Niemand finden, der an diesen Tönen eine Freude hätte, der darin einen Ruhm für eine parlamentarische Betäti-

gung erblicken würde. (Sehr gut! im Zentrum.) Um was werden wir also uns jetzt wieder eine Reihe von Tagen herumschlagen? In diesem kleinen Rondell wird natürlich die Kultur der ganzen Menschheit in den nächsten Tagen gerettet werden! Die schwarze Gefahr wird gebannt werden! Versprechen Sie sich wirklich einen Erfolg von diesen Kämpfen? Dieses Haus widerhallt doch schon 30 Jahre lang von den Kämpfen, und wo ist der Erfolg? Jene Reihen (zu den Liberalen) sind schwächer und unsere Reihen sind stärker geworden. (Zuruf des Abg. Fröhlich: Frankreich!) Lassen Sie uns, Herr Kollege Fröhlich, doch mit Frankreich in Ruhe! Wenn Sie Ihre Idee in Deutschland durchgeführt haben mit der Trennung von Kirche u. Staat, mit der Trennung von Schule und Kirche, dann erst wollen wir wieder mit einander reden. Borerst haben wir mit unseren badischen und deutschen Verhältnissen genug zu tun und werden gut tun, auch nicht vergleichsweise hier die französischen heranzuziehen, weil die Grundbedingungen durchaus verschieden sind! Wenn Sie nun auch in Verein mit dem Chorus sich bemühen, die schwarze Gefahr zu beseitigen, der Zentrumsturm wird nicht gestürzt werden, und ich garantiere Ihnen dafür. Ihre Reden werden beitragen zu seiner Festigung. (Sehr richtig! im Zentrum; Zuruf des Abg. Fröhlich: Freuen Sie sich doch darüber!) Ja, wenn ich die öffentlichen Angelegenheiten nur von dem Gesichtspunkte des Kampfes auffassen würde, wenn das wahr wäre, was unbegreiflicherweise der Herr Kollege Nebmann gemeint hat, daß wir uns eigentlich nur wieder nach einem neuen Kulturkampf sehnen, wir, die doch die Schmerzen und die Schläge jenes Kulturkampfes noch selbst miterlebt haben, wenn diese Stimmung für mich maßgebend wäre, wenn ich Kampfbahn wäre, dann hätte der Herr Kollege Fröhlich recht. Der bin ich aber nicht. Es ist mir leid genug, in diesen Streit auch mit lebhafteren Tönen eingreifen zu müssen. Ich wäre glücklich darüber, wenn ich es nicht tun müßte. Ich wäre glücklich darüber, wenn wir in unserem kleinen Lande Baden es endlich einmal dazu bringen würden, unsere inneren Angelegenheiten in ruhiger und sachlicher Weise zu fördern und mit einander zu arbeiten und auch einander ein wenig zu vertrauen. Aber davon sind wir weit entfernt, und deshalb, Herr Kollege Fröhlich, auch meinerseits der Kampf, aber ohne die Freude über den Kampf. (Bravo! im Zentrum.)

Das wollte ich kurz zur Einleitung in unmittelbarem Anschluß an die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Binz sagen. Im übrigen kommen wir ja natürlich nicht darum herum, die politischen Ereignisse, welche sich seit Schluß des letzten Landtags in unserm Lande abgespielt haben, hier kurz zu besprechen. Dabei wird es kaum angehen, sich nur auf den Punkt zu beschränken, auf den der Herr Kollege Binz sich beschränkt hat, auf das Wahlbündnis zwischen den Blockparteien und der Sozialdemokratie. Es wird durchaus angezeigt und sachdienlich sein, die politischen Ereignisse dieser Zeit überhaupt zu behandeln. Am Schluß des letzten Landtags, als wir das große Verfassungsreformwerk verabschiedet hatten, da sind ja in diesem hohen Hause schöne Reden gehalten worden, Reden gegenseitiger Anerkennung für die großen Leistungen der einzelnen Herren, die an dem großen Werk mitgearbeitet haben. Man hätte wirklich erwarten dürfen, daß diese Ausführungen ein Echo fänden draußen im Lande unter den Parteien; jedenfalls aber auch unter denen, die hier sie ausgesprochen hatten. Das war jedoch nicht der Fall. Man hatte offenbar auf nationalliberaler Seite die Absicht, durch eine Mantelpanonade darüber hinwegzutäuschen, daß das große Verfassungsreformwerk nur dem sorgfältig vorbereiteten Frontangriff anderer Tuppen zu verdanken war und daß diesem Frontangriff zur Eroberung

zung des großen Verfassungsreformwerks erst in sehr später Stunde die Herren von der nationalliberalen Seite des Hauses sich angeschlossen hatten. Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, über den „Volksverrat“, über den dann so unendlich viel geredet worden ist, namentlich auch von solchen, die das nicht leichte Kapitel offenbar auch nicht im mindesten verstanden haben, irgend etwas zu sagen. Aber zwei Tatsachen gestatten Sie mir festzunageln. Einmal: an dem Volksverrat oder an der Absicht des Volksverrates hätte sich nicht bloß das Zentrum beteiligt, sondern auch die Sozialdemokratie! Das wird man aber der Sozialdemokratie nachsagen dürfen, daß sie nach ihrer ganzen Stellung im öffentlichen Leben gar keine Lust, gar keine Neigung hätte, aus Liebedienerei gegen die Erste Kammer oder gegen sonst jemanden irgend ein Volksrecht preiszugeben. Die gleichen Gesichtspunkte, daß die Sache nicht den großen Lärm wert ist, waren eben damals auch für die Sozialdemokratie maßgebend, die aber von den Angriffen durchaus verschont geblieben ist. Und wenn jemand noch in die Angriffsfront hätte hereingezogen werden sollen, so war es die Grob-Regierung, die gerade in dem Departement, die jenes Verfassungsreformwerk zu bearbeiten hatte, wie ich glaube, bis zum heutigen Tage die Liebe der nationalliberalen Partei besitzt. Wenn von unserer Seite ein Unrecht begangen worden wäre, dann wäre es in erster Reihe auch von der Grob-Regierung begangen worden, und dann würde die Pflicht des gerechten Ausgleichs der Vorwürfe und der Anerkennung verlangen, daß man auch der Grob-Regierung entsprechend gegenübergetreten wäre.

Aber diese Plantendemonstration hatte auch noch einen anderen Zweck: Sie sollte die Vereinigung der bisher getrennten rechts- und linksliberalen Detachements vorbereiten und sichern. Das war keine so einfache Sache. Von Seiten der Demokratie war doch in früheren Jahren eine außerordentlich aggressive Haltung, wie z. B. die Aeußerung beweist: ein schöner Name für eine schlechte Sache, beobachtet worden. Das waren natürlich unliebsame Grundlagen für eine Vereinigung. Auf der andern Seite wird die Demokratie auch haben anerkennen müssen, daß die Verbindung mit uns ihr praktisch eine außerordentlich günstige Stellung gesichert hat, daß sie ihr einen Einfluß verschaffte, welchen sie sonst nicht gehabt hätte, und das wird doch wohl auch die Demokratie anerkennen, daß an der Zuverlässigkeit der Truppenleitung auch gegenüber diesem links angeschlossenen Flügel nicht das mindeste auszusetzen war. Aber der Zug des Herzens verlangte eben schließlich einen anderen Anschluß, und da hat man um die Abschwenkung plausibel erscheinen zu lassen, nach Gründen gesucht, und hat als solche gefunden: einmal die Stellungnahme des Zentrums zur Budgetfrage, und dann die angebliche Abschwenkung der Zentrumspartei auf die Regierungsseite! Den ersten Punkt habe ich bereits behandelt. Was den zweiten Punkt anbelangt, unsere angebliche Abschwenkung auf die Regierungsseite, so ist es gewiß richtig, daß wir die Regierung nicht aus reiner Oppositionslust bekämpfen. Es ist gewiß richtig, daß wir alle Vorlagen nur unter sachlichen Gesichtspunkten beurteilen, und es ist ebenso richtig, daß wir mit der Anerkennung nicht fargen, wenn wir glauben, einer Regierung gegenüber zu stehen, die sich *u b e r* oder *n e b e n* die Parteien stellt, die nur das Ganze im Auge hat und gewillt ist, sich bei der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten nur vom Wohle Aller, vom Wohle des ganzen Vaterlandes und aller seiner Bürger leiten zu lassen. Aber mit aller dieser Gesinnung wird man noch keine Regierungspartei. Das Wohlwollen der Regierung haben wir schon damals erfahren, wo man die Wahlkreiseinteilung machte! (Zustimmung.) Es sind allerdings im gegnerischen Lager — horribile dictu — Stimmen laut ge-

worden, als ob die Wahlkreiseinteilung zu unseren Gunsten gemacht worden wäre. Das weiß nun aber jeder, der die Wahlkreiseinteilung auch nur einigermaßen anschaut, daß sie gemacht worden ist, um der nationalliberalen Partei ein gewisses, reichlich bemessenes Maß von Mandaten zu sichern. Und abgesehen von dieser Wahlkreiseinteilung, welche Erscheinungsform hat denn der letzte Wahlkampf gezeigt? Ich habe nichts davon wahrgenommen, daß mit den Zentrumsagitatoren auch die Herren Oberamtänner auf die Wahltagitation hinausgezogen sind. Dagegen habe ich gelesen, daß regelmäßig vor oder nach einem demokratischen Wahlredner auch ein Oberamtann des betreffenden Bezirks gesprochen hat. Wer ist nun Regierungspartei geworden? (Heiterkeit.) Aber die Herren von der demokratischen Partei haben sich so sehr, trotz der anderen Direktion, die sie jetzt genommen haben, in eine gewisse Ablehnung gegenüber der Regierung und einer Regierungspartei hineingelegt, daß ich glaube, sie würden selbst dann gegen eine Regierungspartei donnern, wenn sie höchstselbst mit dem Minister des Innern auf die Wahltagitation hinausziehen würden. (Heiterkeit.)

Es wäre nun politisch durchaus angezeigt, einen Nachruf auf das bisherige Verhältnis zwischen Zentrum und Demokratie zu halten; aber ich muß gestehen, ich bedauere, daß nicht mein Vorredner auf diesem Plage den Nachruf halten kann; ich glaube, er wäre geeigneter wie ich. Es fehlt mir für den Nachruf auch die Grundstimmung zur Trauer darüber, daß die Sache auseinandergegangen ist. Im übrigen bin ich der Meinung, die Sache wäre auch so gekommen. Es liegt offenbar im Zuge der Zeit, und es ist an sich nichts Ungeheures, das anerkenne ich, daß die Parteien nach ihrer Grundrichtung sich mehr zusammenschließen. Es war auch schon von langerher zu erwarten, daß, wenn gewisse Bestrebungen durch die Einigung des Zentrums und der Demokratie erreicht sind — das war namentlich die Frage der Verfassungsrevision —, daß dann ein innerer Grund zu einem weiteren taktischen Zusammengehen nicht mehr vorhanden sei. Dieses taktische Zusammengehen des Zentrums und der Demokratie hat zweifellos seine Verdienste gehabt; ihm ist es zu verdanken, daß in diesem hohen Maße gewisse Grundzüge aufgestellt und auch beobachtet worden sind über die verhältnismäßige Vertretung der Parteien in einem Anfange, wie es früher nicht der Fall gewesen ist, ferner Fortschritte auf bürgerlichem Gebiete, auf dem Gebiete unseres Wahlrechts und des Gemeindevahlrechts. So scheiden wir vom Zentrum hiermit von unseren Freunden der Demokratie mit dem Wunsche, daß sie eine ebenso zuverlässige Führung mit den Herren Liberalen finden werden, wie sie es bei uns gehabt haben, und daß aus jener Führung für unser Land auch wirklich politische Vorteile heraufkommen mögen! Ich finde mich mit dem neuen Bündnis ganz gut ab, wenn sie der nationalliberalen Partei auf dem Gebiete der bürgerlichen Freiheit, des politischen Fortschrittes einige große Gedanken beibringen. (Große Heiterkeit.) Wir werden ja sehen, wenn es sich um die Revision des Gemeindevahlrechts handelt, welche Einwirkungen sie auf ihre nationalliberalen Freunde gemacht haben. (Sehr gut!) Und was die anderen, die kulturellen Fragen anbelangt, die Fragen, die Ihre Hauptprinzipien sind, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Kirche und Schule, bin ich gespannt, ob Sie auf die nationalliberale Partei einwirken, oder ob die nationalliberale Partei auf Sie hemmend einwirkt. Eine Prophezeiung will ich mir nicht gestatten, wir können ja abwarten, welche Wirkungen da entstehen. (Heiterkeit.)

Nun komme ich auf das Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie. Ich werde das nicht von so einseitiger Partei-

standpunkte aus besprechen dürfen, wie es der Herr Kollege Vinz getan hat. Es ist das Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie ein Bündnis in der vollendeten Art, in der genauesten Fixierung, in Zuteilung von einzelnen Wahlbezirken. Es ist nicht nur ein Wählen von Fall zu Fall, sondern es ist ein förmliches Wahlbündnis zwischen gleichberechtigten Parteien. (Zuruf: Für die Stichwahlen.) Ja, für die Stichwahlen. Was die „Münchener Allgemeine Zeitung“ im Jahre 1903 als „Verbrüderung mit dem Umsturz“, als „Verrat der monarchischen Interessen“, als „Brüskierung der Throne“ bezeichnet hatte, war damit vollzogen. (Zuruf des Abg. Lehmann: „Bayern.“) Ich komme noch auf Bayern, Herr Kollege Lehmann, ich kann nicht alles auf einmal sagen. (Seiterkeit.) Daß dieses Wahlbündnis in ganz Deutschland das größte Aufsehen erregte, daß es bei eigenen Parteifreunden das größte Mißfallen erregt hat, das kann natürlich nicht verwundern. Ein solcher Pakt war natürlich geeignet, die größte Aufregung hervorzurufen, und dieses Wahlbündnis ist abgeschlossen von der nationalliberalen Partei im schroffsten Gegensatz zu ihrer früheren Haltung. Sie schließt heute ein Wahlbündnis bei den Stichwahlen mit der Sozialdemokratie ab, erklärt sich bereit, eine Anzahl von Bezirken der Sozialdemokratie auf dem Wege dieses Bündnisses zuzuwenden, sie, die die Hauptstütze des Sozialistengesetzes in den Jahren 1878 bis 1890 gewesen ist. (Zuruf des Abg. Venedey: Da sieht man, daß die Welt vorwärts geht.) Die Welt geht vorwärts, Herr Kollege Venedey, aber regelmäßig nicht in solchen Sprüngen. Politiker mit guter Logik machen im Verlauf von so wenigen Jahren solche Sprünge nicht! Wenn man zurückdenkt in jene Zeit des Sozialistengesetzes, des Verbots sozialdemokratischer Versammlungen, Verbindungen, Schriften, wenn man sich denkt, wie dort die Staatsanwälte hinter den Sozialisten hergewesen sind, wenn man sich dort jenen erbitterten Gegensatz gerade zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie vorstellt und dann das heutige Bild vergleicht, so kann man nicht sagen, daß das einen imponierenden Eindruck macht. Entweder waren damals die Nationalliberalen zu fanatische Gegner der Sozialdemokratie oder sie sind heute Ideologen.

Das Zentrum hat jenen Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht mitgemacht. (Zuruf des Abg. Lehmann: Zum Teil doch!)

Präsident Dr. Wilkens: Ich bitte dringend, den Redner ungestört sprechen zu lassen.

Abg. Fehrenbach (fortfahrend): Ich will auf den Zuruf nicht weiter eingehen, der Herr Kollege Lehmann soll sich jene Sache einmal genau nachlesen. Es ist schon genug davon gesprochen worden, welcher Geist den sozialdemokratischen Parteitag des vorigen Jahres in Jena beherrscht hat, ich will aber doch keinen Satz des Führers Bebel noch festnageln: „Die gesellschaftliche Pyramide beruht auf dem Proletariat, und wenn diese Pyramide das Proletariat entrechtet will, dann muß sich die proletarische Grundlage einen Ruck geben, daß die Pyramide mit den höchsten Herren an der Spitze in sich zusammenfällt.“

Und dieses Bündnis so bald nach autoritativer Aeußerung von nationalliberaler Seite, welche ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie entschieden abgelehnt hat. „Das Blockabkommen“, ist damals autoritativ von nationalliberaler Seite gemacht worden, richtet sich aber auch gegen die Sozialdemokratie, welche die Hoffnung mancher liberaler Männer, daß sie sich allmählich mausere, daß sie nach und nach in eine auf dem Boden des modernen Staates stehende radikale Arbeiterpartei übergehen werde, neuerdings immer-

mehr als eine trügerische erscheinen läßt, die liberalen bürgerlichen Parteien mit Hohn und Spott überschüttet und bei jeder Gelegenheit ihren revolutionären Charakter betont.

Mag uns daher die Sozialdemokratie in Fragen der Freiheit, der Schule, der Kunst und Wissenschaft näher stehen, als das Zentrum, so bleibt uns Liberalen ein Faktieren mit dieser Partei so lange versagt, als sie ihren jetzigen extremen Standpunkt weiter verfolgt, auf die Vernichtung der bürgerlichen Gesellschaft hinarbeitet und ein Staatsideal zu verwirklichen sucht, das nach unserer Meinung in politischen und wirtschaftlichen Dingen zu unerträglichem Zwang und Terrorismus führen müßte. Und diese Verbrüderung trotz der Sprache der Sozialdemokratie gegen den Nationalliberalismus! Wo der „Volksfreund“ schreibt: „Nur ein Thor kann noch die Hoffnung hegen, mit dem Nationalliberalismus ließe sich noch etwas machen. Dieser Kadaver ist wert, so schnell als nur irgend möglich aus dem Wege geräumt und verscharrt zu werden. Für alle wirklich liberal gesinnten Politiker kann es nur noch eine Parole gegen den Nationalliberalismus geben: Kampf bis zur völligen Vernichtung! Wer sich mit den Nationalliberalen einläßt, kompromittiert sich und den Liberalismus.“ Und an einer anderen Stelle: „Feig bis auf die Knochen, das sind die Vertreter des Liberalismus von heute.“

Ich werde mir selbstverständlich so scharfe Urteile nicht zu eigen machen, aber die Herren werden begreifen, daß ich es mir nicht versagen konnte, angesichts des abgeschlossenen Bündnisses, diese charakteristischen Ausführungen hier kurz in das Gedächtnis zurückzurufen. Nun erhebt man ja gegen das Zentrum die gleichen Vorwürfe wegen der Verbindung mit der Sozialdemokratie. Ich mache hier schon im allgemeinen darauf aufmerksam, daß diese Tatsache nicht das gleiche Aufsehen im ganzen Deutschland, auch in dem zentrumsfeindlichen Deutschland gemacht hat, wie das Wahlbündnis zwischen Nationalliberalismus und Sozialdemokratie. Schon daraus ist für den unbefangenen Beobachter zu ersehen, daß ein wesentlicher Unterschied vorhanden sein muß. Was das Wahlbündnis in Bayern anlangt, so wurde dieses von den beiden Parteien des Zentrums und der Sozialdemokratie mit einander abgeschlossen nur zu dem Zweck, um die sonst nicht mögliche Wahlrechtsrevision in Bayern zur Durchführung zu bringen, also mit bezug auf einen bestimmten Fall und auf einen bestimmten großen politischen Fortschritt; und es ist von beiden Seiten, sowohl vom Zentrum wie von der Sozialdemokratie, hernach festgestellt worden, daß mit der Erledigung dieses Falles das Bündnis in Bayern zwischen Sozialdemokratie und Zentrum sein Ende habe.

Was weiter die tatsächliche Wahlbeteiligung von Zentrumswählern bei uns im Lande Baden zugunsten der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen anlangt, so mache ich darauf aufmerksam, daß die Wahlparole in der bestimmtesten Form dagegen gelautet hat. Wenn in Karlsruhe insbesondere die Wähler der ausgegebenen Parole der Stimmenthaltung keine Folge geleistet haben, so ist das zu bedauern — ich stehe nicht an, das zu erklären — aber es ist zu begreifen. Eine Partei, die auf die Unterstützung einer anderen Partei bei der Stichwahl von vornherein rechnen muß, wird klug daran tun, den Wahlkampf vor dem ersten Wahlgange so zu führen, daß sie die andere Partei nicht notgedrungen in das gegnerische Lager treibt. Aber die Art und Weise, wie hier in Karlsruhe auch schon vor der ersten Wahl von Seiten der nationalliberalen Partei der Kampf gegen das Zentrum geführt worden ist, die Ausdrucksweise, die Verdächtigungen — das alles war derart, daß man es den Leuten nicht hat verdenken können, wenn sie sich schließlich gesagt haben: nun ja, wenn denn doch die schwarze Gefahr

größer ist als die rote, wenn, da es doch einmal ans Verfaulen gehen soll, es immer noch besser ist, — um mit Blumenthal zu reden — man verkauft im roten, als im schwarzen Meer. (Seiterkeit) Ich sage, da könnte man es den Leuten nicht verdenken, wenn sie schließlich sagten, ihr sollt euren Willen haben.

Für diese Politik der Rache, des Vergers, kann man sein Bedauern haben, aber man wird sie auch begreifen können; die Nationalliberalen haben es früher nicht anders gehalten. Ich habe mir dies nur bezüglich der Reichstagswahlen zusammengestellt: die Nationalliberalen haben in den Stichwahlen gestimmt zugunsten der Sozialdemokratie: im Jahre 1874 in Osnabrück, im Jahre 1881 in München, im Jahre 1884 in Köln, Hannover, Frankfurt a. M., Magdeburg, Breslau I und II, Reichenbach-Neurode, Solingen, Mainz, Gotha, Neuß, j. L., München I und II; im Jahre 1903 in Würzburg, Mainz, St. Ingbert, Zweibrücken, Germersheim, Landau, Birma-sens, Kulmbach, Schweinfurt, Hagenau und Weissenburg, obgleich im Jahre 1899 der Stadtanzeiger der „Köln. Zeitung“ gesprochen hatte von einem „widernatürlichen und empörenden Bündnis“, und davon, „daß jede politische Moral und Ehrlichkeit in brutalster Weise mit Füßen getreten wurde“, „daß moralische Wege gegangen wurden, wo ihnen kein politisch anständiger Mensch begegnet“.

Und dann noch eins für dieses gelegentliche Zusammengehen der Rache; der Allergrößte hat es Ihnen und uns vorgemacht: Fürst Bismarck bei der Wahl in Frankfurt a. M. Als es sich damals um die Wahl zwischen dem demokratischen und dem sozialdemokratischen Abgeordneten handelte, da ist auf eine Anfrage in Frankfurt das Telegramm eingekommen: „Fürst Bismarck wünscht Sabor“. Ich nehme an, daß Fürst Bismarck, der damals, wie er das Telegramm hat abgeben lassen, impulsiv gehandelt hat, wie es auch bei einem Fürsten Bismarck hat vorkommen können — bei einem Fürsten Bismarck, der im übrigen der Vater des Sozialistengesetzes war. Glauben Sie, daß er, trotz des Verhaltens in jenem einzelnen Falle, je einmal im Stande gewesen wäre, einen vollständigen genau umgrenzten Pakt mit der Sozialdemokratie anzuschließen? Zusage: Ja! Abg. Ged.: Warum denn nicht? Abg. Eichhorn: Denken Sie an Raffalle!

Meine Herren, dieses Bündnis ist abgeschlossen worden auf der Grundlage der Gemeinsamkeit der Anschauungen in wesentlichen Kulturfragen (Zuruf: Sehr wahr!) — und das ist das Signal für uns; die sozialdemokratische Kulturanschauung kennen wir. In einem Weihnachtsartikel ist sie erst vor Kurzem noch zu Tage getreten. „Mögen die andern heute dem Manne opfern, der als armer Proletarier und vaterlandsloser Gefelle durch die Länder streifte; den sie, da er tot ist, als Gott verehren — dem sie aber, lebte er heute in Preußen, nicht einmal die Ehre zu teil werden ließen, mit der letzten Klasse wählen zu dürfen. (Sehr richtig!) Laßt sie das göttliche Kind, das vor Zeiten gewesen sein soll, anbeten und begnügt euch mit der Frömmigkeit im Menschenkinde, das in eurer Wiege liegt, den künftigen ganzen Menschen zu ehren, der euch helfen soll, die Welt zu erlösen aus den Banden der Tyrannei.“ (Zuruf des Abg. Eichhorn: Das soll sozialdemokratisch sein?) Das ist ein Weihnachtsartikel, das ist die gemeinsame Kulturanschauung. (Zentrum: Sehr richtig!)

War es wirklich nötig, so weit zu gehen? Wäre es — wenn Ihnen nur nicht die Abneigung gegen das Zentrum so sehr ins Fleisch und Blut übergegangen wäre, daß sie Ihnen jegliche Objektivität in unserer Beurteilung geraubt hätte — nicht möglich gewesen, im Interesse des ganzen einen anderen Weg einzuschlagen? Sie werden wahrscheinlich darüber in Seiterkeit geraten; aber

doch ist es richtig, das niemand anders als unser ehemaliger Fraktionschef W a d e r zur richtigen Zeit die Einladung dazu hat ergehen lassen: (Bewegung) das war am 25. Januar 1903, vor den Reichstagswahlen in Stuttgart. (Zuruf des Abg. Kolb: Die Fuchsenpredigt! die Fuchsenpredigt!) Auf Herrn Wader hätten sich die Herren verlassen können! Die Demokraten werden uns gestehen müssen, daß gerade in bezug auf die politische Treue, auf die Zuverlässigkeit, wenn irgend einer, so der Herr Geistliche Rat Wader seinen Mann stellte. (Zentrum: Sehr richtig und Bravo!) Und wenn er, der größte Gegner des Nationalliberalismus im Lande Baden — angesichts der Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse dazu kommt, einen anderen Weg anzuraten, dann dürfen Sie von ihm auch die Sicherheit haben, daß er es ehrlich und gerade durchgeführt hätte. (Zentrum: Bravo!) Er hat damals gesagt:

„Wenn dann die Stichwahlsschlacht zu schlagen ist, da sollte es möglich sein und Tatkraft werden, daß die Trennung der Lage stattfindet und praktisch betätigt wird, wenn die Sozialdemokratie mit so schwerer Herausforderung aller anderen Parteien immer und immer siegt. Da sollte die Trennung durch eine tiefe Kluft zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokratischen möglich sein, da sollte es möglich sein und Wirklichkeit werden, daß alle Parteien zusammengehen, nicht bloß, um keine von ihren Stimmen an die Sozialdemokratie kommen zu lassen, sondern um ihre Stimmen alle gegen die Sozialdemokratie abzugeben.“ (Bewegung.) Diese Ausführungen des Herrn Geistlichen Rats Wader zeugen von einer andern, von einer höheren Auffassung der Verhältnisse, als wie sie ein eingefleischter Parteigeist bieten könnte; und ich glaube, es wäre nicht zum Schaden unseres Landes gewesen, wenn man bei Zeiten den richtigen Weg eingeschlagen hätte.

Und nun muß ich zu diesem Kapitel Ihnen natürlich auch noch den Reichskanzler Fürst Bülow vorhalten, es gehört zur Vollständigkeit. Er hat am 25. Januar d. J. im preussischen Herrenhaus gesagt: „Zu meinem tiefen Bedauern haben bürgerliche Parteien sogar Wahlbündnisse abgeschlossen mit der Sozialdemokratie, die ihrerseits alle bürgerlichen Parteien als eine einzige feindliche Masse betrachtet und behandelt.“

Ich streite gar nicht darüber, ob die Worte des Fürsten Bülow auch gegen das bayerische Wahlbündnis gerichtet waren; er spricht im Plural, ich nehme an, daß das auch der Fall war. Welche Würdigung Sie von der nationalliberalen Seite diesen Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben zu teil werden lassen, das haben wir aus Ihrer Presse ersehen, das haben wir aus Ihren Reden hier gehört; Sie sind so fasziniert von diesem neuen Wahlbündnis, das Ihnen so viele Erfolge gesichert und das Ihnen eine derartige Stellung in diesem hohen Hause gegeben hat, wie Sie sie eben vorher zu verlieren befürchteten hatten, daß Ihnen die ruhige Betrachtungsweise für die Folgen dieses Bündnisses, wie mir scheint, verloren gegangen ist.

Aber an die Regierung richte ich die Frage: Ob ihr die Äußerung des ersten Beamten des Deutschen Reiches auch gerade so heftig ist, wie der nationalliberalen Partei? (Zuruf von sozialdemokratischer Seite: Hat schon geantwortet!) Die Regierung hat schon geantwortet, sie glaube, daß sie der Vorwurf des Reichskanzlers nichts angehe. Ich werde in dem Teil meiner Rede, der von der Großen Regierung handelt, Veranlassung nehmen, dann auszuführen, daß ich allerdings glaube, daß die Regierung durch diese Ausführungen des Reichskanzlers sich betroffen fühlen muß. Nur jetzt schon in diesem Zusammenhang stelle ich die Frage, ob auch der Großen Regierung diese Stellungnahme des ersten Beamten des Deutschen Reiches gerade so gleichgültig ist, wie die der nationalliberalen Partei?

Ein interessantes Seitenbild bot dieses Wahlbündnis dann noch in bezug auf die Kriegervereine. Man wird wohl verlangen dürfen von Militärvereinen, daß sie als Hauptzweck ihrer Verbände die Pflege der Vaterlandsliebe und die Erhaltung der soldatischen Eigenschaften betrachten. Es ist gar kein Zweifel, daß in früheren Zeiten Sachen unter der Pflege der Vaterlandsliebe und der soldatischen Tugend von den Militärvereinen behandelt worden sind, die mit dem besten Willen nicht darunter zu subsumieren waren. In Militär- und Marinefragen gab es eine Zeit, wo unsere Militärvereine sich berufen fühlten, ausgesprochenemmaßen in Politik zu machen, auch wo offensichtlich in der Ablehnung irgend eines Teils einer Regierungsforderung irgend eine Gefährdung des Deutschen Reiches nicht zu erblicken gewesen wäre. (Abg. Eichhorn: Das war, so lange es gegen das Zentrum ging!) Dort hat man es ruhig hingenommen; man hat von nationalliberaler Seite gegen diese Stellung der Kriegervereine nichts einzuwenden gehabt. Vom Standpunkt der Kriegervereine aus aber, das wird man nicht anzweifeln können, ist das Bündnis, das jetzt abgeschlossen worden ist, und die Zumutung, die jetzt an die alten Soldaten gemacht worden ist, denn doch etwas ganz anderes gewesen. Und wie hat man sich verhalten seitens der Zeitung? Zuerst kräftige Pronunciamentos und nachher Kapitulation! Ich kann nicht behaupten, daß das auf einen alten Soldaten einen mutigen Eindruck hat machen können. (Sehr gut! im Zentrum.)

Die erste Kraftprobe des Wahlbündnisses bot sich dann dar bei der Präsidentenwahl. Die Persönlichkeiten scheiden selbstverständlich aus. Es ist ganz unbestritten, daß unser ehemaliger verehrter Präsident Gönner ein ausgezeichnete Präsident war, und es ist ebenso klar, daß unser jetziger Präsident alle Veranlagung zu einem tüchtigen Präsidenten hat; und ich befreite in keiner Weise, daß auch der Herr Kollege Beck eine durchaus würdige Figur auf dem Präsidentensstuhl geboten hat. (Seiterkeit. Zuruf von den Bänken der Sozialdemokratie: Also!)

Aber anders ist die sachliche Beurteilung. Und hier habe ich einmal zu sagen: das Zentrum hatte den Anspruch auf den ersten Präsidenten kraft seiner Anzahl als stärkste Partei in geschlossener Fraktion, sowie nach den Vereinbarungen, die im Jahre 1893 getroffen worden sind und die seitdem immer beobachtet wurden. Die Verbindung — nicht in einer Fraktion — zwischen den Rechtsliberalen und den Linksliberalen genügt nicht, um gegenüber der Vereinbarung vom Jahr 1893 den Anspruch des Zentrums als unhaltbar hinzustellen. Und so ist die Tatsache festzustellen, daß bei diesem Anlaß zum erstenmal seit 1893 von den Gepflogenheiten dieses Hauses, der Verteilung der Ämter nach der Stärke der Parteien, abgegangen worden ist. Es mag schmerzlich sein, einen lange inne gehaltenen Posten aufgeben zu müssen. Aber unter Umständen ist der Preis denn doch zu teuer, und der Preis, der war offenbar Vergehung des zweiten Vizepräsidenten an die Sozialdemokratie.

Auch in dieser Beziehung haben wir immer gesagt, daß zahlenmäßig die Sozialdemokratie den Anspruch hat zur Besetzung des zweiten Vizepräsidentenpostens. Aber das ist doch ebenso klar, daß nur unter der Bedingung der Uebernahme jener Verpflichtungen, welche für den Kammerpräsidenten gegenüber dem Thron bestehen und bisher üblich waren, von einer Uebertragung dieses Amtes an die Sozialdemokratie gesprochen werden konnte. Wir unsererseits haben die einfache Frage gestellt: „Sie haben das Recht auf den zweiten Vizepräsidenten; sind Sie bereit, die Verpflichtungen zu erfüllen, (Abg. Beck: Nach der Geschäftsordnung!), die nach der Geschäftsordnung gegenüber dem Thron, gegenüber dem Hof und nach dem Herkommen in unserem

Haufe von Ihnen verlangt werden müssen?“ Darauf ist die glatte Antwort „Nein“ erfolgt und damit war für uns der Fall erledigt. Ich meine, das darf die Monarchie auch noch heute verlangen, daß von dem Vorstand der Kammer insgesamt ihr gegenüber jene Ehren willig bezeugt werden, auf die in einem monarchischen Staat der Monarch ein Recht und einen historischen Anspruch hat. (Bravo! im Zentrum.) Das wurde ja offenbar von der Regierung auch sehr lebhaft empfunden. Es haben dann insolge dessen Bestrebungen eingesetzt, um die Sache herumzukommen: Aneerbietung des ersten und zweiten Vizepräsidenten an uns, Versicherungen von Seiten der nationalliberalen Partei, daß ein Auftrag dazu nicht von ihr erteilt worden ist, wobei ich bestätige, daß irgend ein Antrag von nationalliberaler Seite an mich nicht gemacht worden ist. Ich weiß nicht, was dabei hat herauskommen sollen, wer dabei auf der Strecke hat bleiben sollen, der Zentrumsmann oder der Sozialdemokrat.

Darüber dürfen Sie, meine Herren, auch ruhig sein bei der Entscheidung dieser Frage lag uns jeder Byzantinismus fern. Wir hoffen und vertrauen, daß dem Herzen des Monarchen alle Untertanen gleich nahe stehen; aber wir wissen auch, daß die Regierung erklärte Lieblinge hat, und daß wir nicht zu diesen gehören. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir werden unser fünftiges Verhalten in dieser Frage unter Umständen allerdings auch von der Auffassung des Thrones und der Regierung abhängig machen müssen. Wenn wir insolge direkter Erklärung oder unzweideutiger indirekter Kundgebungen zu der Anschauung kommen müßten, daß auch an den zunächst beteiligten Stellen, nämlich am Thron und bei der Regierung, auf die Erfüllung gewisser Loyalitätsverpflichtungen des Kammerpräsidenten kein Gewicht gelegt wird, dann kann es natürlich nicht unsere Aufgabe sein, monarchischer zu sein als der Monarch. (Sehr gut! im Zentrum.)

Ich kann damit dieses Kapitel verlassen und gehe über zu dem Verhalten der Regierung zum Kampf der Parteien, zu unserer Stellungnahme gegenüber der Regierung. Ich kann das natürlich nicht so einfach auf eine so glatte Formel bringen, wie das beim Herrn Kollegen Binz möglich war. Er wünscht eine Regierung, er hat gar nichts gegen eine Regierung, die über oder neben den Parteien steht, aber — ich habe den Wortlaut nicht so ich Gedächtnis, ich habe es eben so verstanden — im wesentlichen wird sie nach seiner Ansicht liberal regieren müssen. Der Herr Kollege Binz bestätigt dies. So einfach stehen für uns die Dinge nicht. Meine Herren, die Stellungnahme der Regierung in früheren Jahren war bekannt. Unter der früheren Regierung bestand die einseitigste Parteinahme zugunsten der Nationalliberalen. Wenn man in alten Ortsbereinigungsprotokollen, in alten Wahlakten und in Wahlerlassen nachblättern könnte, dann würde man sich doch Dinge ins Gedächtnis zurückrufen, an denen der politische Gentleman ein Vergnügen unter keinen Umständen haben könnte. Deshalb ist auch unsererseits immer die schärfste Zurückweisung eines solchen Parteiregiments erfolgt und unser Verlangen nach einer außerhalb oder neben den Parteien stehenden Regierung. Es ist allmählich dann auch besser geworden, und zwar schon unter dem Staatsminister Roff. Das Justizministerium war nach seiner Stellung im öffentlichen Leben nicht so vereignenschaftet, ein Parteiministerium zu werden. Die Denkungsart Roffs war auch eine maßvolle und maßloser Parteibetätigung nicht sympathisch, und dann stand an der Spitze des personalreichen Eisenbahnministeriums ein durchaus unparteiischer und objektiver Mann, der Herr Minister von Brauer. Mit dem Amtsantritt dieses Herrn als Staatsminister war eine unparteiische Behandlung der Staats-

geschäfte garantiert. Er war der erste, der die Regierung über oder, wie er sagte, besser neben die Parteien stellte, und der auch gewillt und imstande war, seine Anschauungen Geltung zu verschaffen. Ich glaube, wer wirklich eine objektive, unparteiische, über den Parteien stehende Regierung wünscht, der kann es nur lebhaft bedauern, daß dieser verdiente Mann infolge seiner Gesundheitsverhältnisse so früh von seiner Stellung hat zurücktreten müssen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich betrachte es wenigstens meinerseits als eine Pflicht der Dankbarkeit, seiner objektiven Amtsführung einmal hier ganz besonders rühmend zu gedenken. (Bravo! im Zentrum.)

Die Amtsdauer des jetzigen Herrn Staatsministers ist für eine zutreffende Beurteilung noch zu kurz, und ich würde mich scheuen, voreilig ein abfälliges Urteil abzugeben. Aber eine Reihe von Tatsachen liegt vor, die uns zur Anschauung bringen, als ob die Zeit der Regierung neben den Parteien schon wieder vorüber sei, wenigstens was den Amtsbereich des Ministeriums des Innern betrifft. Die objektive Haltung der Regierung bestätigte sich bei den Landtagswahlen im Jahre 1901 und 1903 und bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 durch eine gewisse Zurückhaltung, speziell der politischen Beamten. Jetzt ist es ganz anders bei diesem Wahlgang. In Meßkirch, in Stodach, in Donaueschingen, in Bommendorf arbeiten die Beamten mit einem ungeheuren Eifer an der Wahlstätigkeit. Die Wahlstätigkeit ist ihr gutes bürgerliches Recht; es ist mir aber auffallend, daß sie von diesem ihrem Recht im Jahre 1901 und 1903 nicht auch den großen Gebrauch gemacht haben, und wenn ich nun wahrnehme, daß jetzt ein gegenteiliges Verhalten zu verzeichnen ist gegenüber damals, dann komme ich eben auf den Gedanken, daß gewisse andere Gründe vorliegen müssen. (Zwischenruf des Abg. Fröhlich: Wahlstas!) Und wenn mir dann noch gesagt wird, daß ein Oberamtmann in einer Versammlung gemeinsam gesprochen hat mit einem sozialdemokratischen Führer zugunsten des nationalliberalen Kandidaten, so ist das eine (lebhaft Unruhe; Abg. Eichhorn: Das schadet ja nicht!) Ja, das glaube ich (zu den Sozialdemokraten), Ihnen wäre es angenehm, Sie wären bereit, mit den Oberamtännern gemeinsam Wahlagitator zu treiben. Aber was sagt die Regierung dazu?

Und wie war denn die Haltung der Amtsverköndiger im Wahlkampf? Man lasse mich doch mit den Ausflüchten in Ruhe, daß die Regierung nur eine Zeitung habe, die „Karlsruher Zeitung“, und die anderen ihrem Einfluß nicht unterstehen. Auf die Amtsverköndiger hat sie allerdings ihren Einfluß. Sie könnte die ungebührliche Sprache der Amtsverköndiger mäßigen und in die richtigen Schranken zurückweisen, wenn es ihr darum zu tun wäre; daran zweifelt kein Mensch. Aber die maßlose Art und Weise, wie hier gekämpft wird, wie hier die einzelnen Kandidaten heruntergerissen worden sind, wie auch nach dem Wahlbündnis von den Amtsverköndigern das Wahlbündnis auf das wärmste verteidigt worden ist, das kann ich nicht ganz vom Konto der Regierung bringen.

Wie ist es denn mit der Stellung der Regierung zu dem Wahlbündnis nach Maßgabe ihrer offiziellen Kundgebungen in der „Karlsruher Zeitung“? Ich will Ihnen nicht die verschiedenen Kundgebungen vorlesen, die vom 21. Oktober und vom 26. Oktober; sie sind Ihnen im wesentlichen bekannt. Aber das eine frage ich doch, hat es im Lande Baden wirklich zehn Menschen gegeben, die den Artikel der „Karlsruher Zeitung“ vom 21. Oktober mit dem vom 26. Oktober in Einklang bringen konnten? Den Artikel vom 21. Oktober hat jeder dahin gedeutet und mußte ihn dahin deuten, daß ein Bündnis der Na-

tionalliberalen mit der Sozialdemokratie in der Luft liege, und dann erst am 26. Oktober kam die Zurückweisung der angeblich falschen Auffassung des Artikels vom 21. Oktober. Meine Herren, ich kann es mir nur so erklären: Entweder haben diese beiden Artikel verschiedene Verfasser, vielleicht auch noch in verschiedenen Ministerien (Nachen im Zentrum), dann ist es aber für die Einheitlichkeit des Ministeriums ein sehr bedenkliches Zeichen. Oder sie stammen aus einem Geist, der im Anfang vorhanden war, und der am 26. Oktober nicht mehr bestand, dann kann mir diese Regierung auch nicht imponieren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Großh. Regierung hat die Wahl; eine beneidenswerte Stellung scheint es mir aber nicht zu sein.

Hat die Großh. Regierung davon Kenntnis genommen, wie die Amtsverköndiger, auf die sie den von mir behaupteten Einfluß hat, sich zu der Sache gestellt haben? Die haben in kritischen Bezirken ihren Vers auch zu der zweiten Erklärung der „Karlsruher Zeitung“ vom 26. Oktober gemacht. Das „Donauessinger Wochenblatt“ hat geschrieben: „Wir können die Wünsche und Hoffnungen der „Karlsruher Zeitung“ nach Wahrung und Stärkung des konfessionellen Friedens nur so auffassen, daß sich alle Wähler gegen das einseitig extrem und konfessionelle Zentrum wenden müssen. Das zur Richtschnur für unseren 6. Wahlkreis.“

Der Schluß ist außerordentlich befehlend und kategorisch. Es fehlte nur noch, daß auch der Name einer Amtsperson darunter stände. (Geisterzeit.)

In diesem Zusammenhang muß ich, wenn auch mit Rücksicht auf die Ausdeutung dieses Stoffes zu einer besonderen Beratung, nur in gedrängter Kürze auf die Erhebungen des Ministeriums des Innern über die angeblichen Wahlumtriebe der kath. Geistlichen kommen, und hier sage ich: Woher nimmt das Ministerium die geistliche Legitimation zu solchen Erhebungen? Wenn es sich allenfalls darum handelt, die Anklage nach § 16b und c des Kirchengesetzes vorzunehmen, dann sind dafür die Staatsanwälte und die Gerichte da, die werden ihre Pflicht und Schuldigkeit schon tun, dazu braucht man kein Ministerium des Innern. Woher nimmt das Ministerium das Recht, Erhebungen über mehr oder minder große Betätigung der Geistlichkeit in bürgerlichen Wahlsachen zu veranstalten? Und weiter betone ich die Art der Veranstaltung. Die Erhebungen werden gemacht, wie wir lezt hin von dem Herrn Minister des Innern gehört haben, durch die Oberamtänner unter Zuzug von Vertrauensmännern. Ueber die Vertrauensmänner können wir uns unser Bild nun schon selbst sehr lebhaft machen. (Sehr gut! im Zentrum.) Ich glaube nicht, daß ich z. B. von dem Ministerium des Innern je einmal in dieser Sache als Vertrauensmann gewürdigt worden wäre (Geisterzeit), obgleich ich der Meinung bin, daß ich auch den Herren Geistlichen gegenüber eine viel objektivere Haltung an den Tag legen würde, als wie die Vertrauensmänner des Ministeriums. (Sehr richtig! im Zentrum.) Und die Erhebungen werden gemacht von Männern, die vorher selbst auf die lebhafteste, auch nicht immer einwandfreie Weise an der Wahlagitator sich beteiligt haben. Das wird objektive Erhebungen absetzen! Und dann das andere: ist den geistlichen Herren, über welche Erhebungen gemacht worden sind, irgend eine Mitteilung geworden, was man ihnen zur Last legt? Will man denn den Satz: Audiatur et altera pars! gegenüber der katholischen Geistlichkeit nicht mehr gelten lassen? (Sehr gut! im Zentrum.) Kann man es sich nicht vorstellen, daß diese eigentümlichen Erhebungen eben doch auch eigentümliche, durchaus schiefe und unrichtige Resultate ergeben könnten? Hat man nicht das Recht, zu verlangen, daß auch die betreffenden Geistlichen dazu gehört werden

sollen, und zwar von Regierungswegen? (Sehr gut! im Zentrum.) Ich habe von einzelnen Sachen gehört, und darnach sind Unrichtigkeiten schon ganz klar. Von Bonndorf habe ich gehört, daß man dem Pfarrer Thringler in der Presse — und das wird wahrscheinlich dann auch in die Erhebungen hineingekommen sein — den Vorwurf macht, daß er sich in irgend einer Versammlung als Ortspfarrer eingeführt habe. Darüber kann ich den besten Aufschluß geben, weil es in einer Wahlversammlung war, die von mir und meinem Freunde Duffner zugunsten seiner Reichstagskandidatur in Bonndorf abgehalten wurde. Da ist nach der Rede des Herrn Kollegen Duffner allerdings der Stadtpfarrer Thringler aufgestanden, und hat gesagt: „Ich rede zu Euch als Euer Ortspfarrer und Seelsorger.“ Da bin ich erschrocken; ich habe gedacht: was kommt jetzt? Nun, es kam folgendes: Er hat dann gesagt: „Im jungliberalen Bonndorfer Verein, zu welchem auch die Bauernburschen von dem benachbarten Münsingen beigezogen worden sind, ist gesagt worden, wie mir durchaus glaubhaft versichert wurde: Wer glaubt denn den Pfaffen noch das dumme Zeug, was sie predigen; die glauben ja selbst nicht, was sie auf der Kanzel schwätzen.“ Das hat der Stadtpfarrer Thringler nun festgestellt, und dabei hat er ausgeführt: Die Herren, in deren Gegenwart, unter deren Autorität diese Äußerungen gefallen sind, bekomme er nicht in die Kirche. Hier in der Wahlversammlung seien zweifellos von den Herren anwesend, und deshalb benutze er die Gelegenheit, um diese im höchsten Grade beleidigende Äußerung in seiner Eigenschaft als Ortsgeistlicher und Seelsorger zurückzuweisen. Mit Bezug auf die Wahl hat er kein Wort gesagt. Und nun frage ich, falls etwa dem Stadtpfarrer Thringler ein schwarzes Mäntelchen angehängt wird: Hat der Mann nicht durchaus korrekt gehandelt? (Sehr gut! im Zentrum; Abg. F r i i h a u f : Audiatur et altera pars! Abg. B i n z : Sehr gut.)

Es ist uns eine Mitteilung geworden von einem Pfarrer Noë in Grombach; der soll am Schluß des Religionsunterrichts an die Schüler Wahlzettel verteilt haben, mit der Aufforderung, dieselben ihren Vätern zu übergeben, damit ihre Väter sie am Nachmittag auf das Rathaus trügen. Der Pfarrer bezeichnet uns diese Behauptung als total erfunden.

Ich möchte den Vorschlag machen: Warum denn nur bei einem Teile stehen bleiben als Regierung, die über den Parteien steht, warum denn nur die katholische Geistlichkeit unter die Lupe nehmen? Es gibt auch noch andere, wenn einmal Erhebungen gemacht werden sollen! Wenn überhaupt ein genügender Grund und eine gesetzliche Grundlage dafür vorliegt, so verteilen Sie doch gütigst einmal Licht und Luft gleichmäßig auf alle von Ihnen so gleichmäßig geliebten Staatsbürger, und da wüßte ich Ihnen einige Erhebungen zu machen! Haben Sie von der Wahlagitator des Herrn Oberamtmanns Giehre in Weßkirch gehört? Ein guter Ratsschreiber, der vorher sein 25jähriges Jubiläum gefeiert, und der immer im guten Einvernehmen mit dem Beamten stand, hatte sich entschlossen, eine Zentrums kandidatur anzunehmen. Er war aber so gutmütig, über diese Frage sich mit dem Oberamtmann besprechen zu wollen, da er so naiv war, bei dem Oberamtmann eine gerechte und billige Beurteilung dieser Frage zu erhoffen. Er geht hin, er will eine private Unterredung. Ein Aktuar wird im Zimmer behalten, es wird jedes Wort protokolliert, was zwischen ihnen verhandelt wird, und dann wird einige Tage vor der Wahl diese ganze Unterredung in Wahlversammlungen zu Agitationszwecken gegen den Kandidaten Stadler benutzt! (Wui! im Zentrum.) Meine Herren! Ich sage hierzu nur das eine: Gentlemanlike sind nach meiner

Auffassung solche Sachen nicht. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Hat die Regierung keine Kenntnis davon, wie vielfach draußen im Lande auch die Meinung zu erwecken gesucht wird, als ob die finanziellen Vorteile des Staatswesens nur denen besonders zufließen, die national-liberal sind? In dem „Donauwälder Wochenblatt“ steht in Nr. 127, von Unterbaldingen datiert, folgende Notiz: „In unserer Gemeinde ist man sehr wenig erfreut über die den Liberalen so sehr feindselige Haltung gerade eines Landwirts, der nach unserer Meinung wenigstens gar keinen Grund hätte, so zu agitieren. Die Prämien und auch manches Ehrenamtchen in landwirtschaftlichen Angelegenheiten nimmt er sehr gern an. Aber so ist es halt heutzutage. Undank ist immer der Welt Lohn.“

Also das Blatt geht von der Anschauung aus, daß die Vergabung von irgend einer Ehrenstellung im öffentlichen Leben nicht abhängt von der persönlichen Qualifikation und nicht von der sachlichen Tüchtigkeit, sondern daß die erste Grundbedingung ist: national-liberale Gesinnung. Und es wird dann so dargestellt, als ob man auch für gewisse Zuwendungen ein wirksames Mittel finde in der Zugehörigkeit zur national-liberalen Partei. Solche Anschauungen sind vergiftend. Und die Regierung hätte alle Veranlassung, wenn draußen im Lande sich eine solche Meinung festsetzt, dem gegenüber schärfer vorzugehen. Wenn solche Anschauungen sich draußen festsetzen im Lande, so ist das der Tod aber auch für eine Regierung. (Sehr gut! im Zentrum.)

Von anderen Sachen will ich hier ganz schweigen. Ich könnte sie auch nur andeutungsweise bringen. Ich habe aber die Ueberzeugung, es kommt einmal der Tag, wo die Regierung sich sagen muß, es wäre sehr zweckmäßig gewesen, wenn wir auch nach der und jenen Richtung ein bißchen besser zugehört hätten.

Darnach konstatiere ich folgendes: Der politische Apparat der Regierung, ihre politischen Beamten, ihre politische Presse stand nicht außerhalb des Wahlkampfes, sondern im schärfsten Gegensatz zum Zentrum, und zwar auch noch nach dem Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie. So leistete der Regierungsapparat der Partei Wahlhilfe, welche nach der bisherigen Auffassung der Regierung die Grundlage unserer Staatsverfassung, die Monarchie, über den Haufen werfen will, welche deshalb von dem größten deutschen Bundesstaate und von der Reichsregierung auf das Entschiedenste bekämpft wird.

Der Herr Kollege Geß hat leztthin einmal in einer Sitzung gesagt, ich hätte mich dem Ministerium als Helfer in der Not angeboten mit meiner Partei. Herr Kollege Geß! Sie dürfen glauben, ich habe persönlich nicht die Neigung, mich dem Herrn Minister des Innern an den Hals zu werfen (Heiterkeit) und für meine Fraktion bin ich zu stolz, mich ungebeten anzubieten, darüber dürfen die Herren beruhigt sein. (Abg. Dr. B i n z : Aber gebeten!) Einer freundlichen Bitte widerstrebt auch der Herr Kollege B i n z nicht! Aber das wollte ich nur sagen: So wie die politischen Gänge jetzt gehen, scheint mir der Zeitpunkt nicht mehr fern zu sein, und darauf durfte und mußte ich die Regierung aufmerksam machen, wo auch einmal das amtliche Eintreten des katholischen Klerus für die politische Institution der Monarchie als Amtsmißbrauch bestraft wird, wo das Kirchengebet für den Monarchen als ungebührlich verboten wird. (Zustimmung.)

Im lezten Landtage noch hat Herr Kollege Wittum harte Worte gegenüber der Sozialdemokratie gefunden. Auch er — ich hatte es von ihm am wenigsten erwartet — scheint in der Zwischenzeit der Meinung geworden zu

sein, daß der Wagen auf der schiefen Ebene nicht mehr aufzuhalten sei, und daß man ihn ruhig seinen Gang gehen lassen müsse.

Man lebt von der Hand in den Mund. Das Zentrum, denkt man, ist eine so zuverlässige Ordnungspartei, daß es sich auch durch schlechte Behandlung nicht zu einer unächseligen Erledigung der Anforderungen des Staatsinteresses verleiten läßt. Von ihm bekommt man das Budget, sogar mit den neuen Ministerialdirektoren, bewilligt, falls es sachlich begründet ist. Das Zentrum versagt nicht bei allen Anforderungen für Kunst, Schule, Wissenschaft, Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe, für die soziale Wohlfahrt und die gerechte Lastenverteilung. Man gibt ihm dafür einige Konzeptionschulzen, einen Mann im Landwirtschaftsrat, einen andern im Eisenbahnrat und dann den einen oder andern in den Bezirksräten. Aber z. B. die Hohe Erste Kammer hält man sorgfältig immun, weil man eine Nachahmung des unzufriedenen Vorbildes der sächsischen Nationalliberalen nicht glauben zu müssen. In allem übrigen legt man seiner Herzensneigung für die Gemeinsamkeit der Kulturauffassung zwischen Nationalliberalismus und Sozialdemokratie keinen Zwang an.

Wir unsererseits hoffen zu dem gesunden Sinne des badischen Volkes, daß es diesen gefährlichen Weg nicht bis zum Ende zu wandeln gewillt ist, und daß es die christliche Weltanschauung als Quelle und Frucht des staatlichen Lebensinhaltes zu erhalten und auszubauen gewillt ist. Man hatte die Erwartung, daß auch von der nationalliberalen Partei die einen oder die andern, ein größerer Teil derselben sich an dieser positiven Arbeit gegenüber der Not der Zeit beteiligen würden. Diese Erwartung ist zu Schanden geworden. Man betrachtet dort als Haupt- und Lebensaufgabe den Kampf gegen das reaktionäre und gegen das konfessionelle Zentrum, das reaktionäre Zentrum, das in keiner geseggeberischen Maßnahme — ich will einem Zwischenruf des Herrn Kollegen Frühhauf zuvorkommen, abgesehen von der Unsturzvorlage, die ich bereits behandelt habe (Seiterkeit) — sonst nicht in einer geseggeberischen Tat den Vorwurf der Reaktion verdient hat.

Das konfessionelle Zentrum! Meine Herren, haben Sie denn wirklich kein Verständnis dafür, daß wir uns in den 70er Jahren konfessionell zusammenfanden, wollen Sie bestreiten, daß jener Kulturkampf gegen die Lebensbedingungen der katholischen Kirche gerichtet war, und wollen Sie uns das Recht nehmen, dagegen uns zusammenzuschließen und aufzutreten? Wenn Sie das nicht beabreden können, können Sie auch nicht von uns verlangen, daß, wenn nach Ihrer Meinung dieser Kulturkampf im wesentlichen wieder beseitigt ist, wir so freundlich sein werden, alsbald auseinanderzugehen. Wohin sollen wir gehen? Die Herren haben sich so gehalten, daß wir unseren Wählern gar nicht zumuten können, vor uns zu lassen, und sich Ihnen anzuschließen. Von einer konfessionellen Partei als einer Gefahr kann man nur dann reden, wenn diese Partei die Gelegenheit wahrnimmt, gegen die Interessen anderer Konfessionen, anderer Religionen sich zu verfehlen. Und hier ist nun schon zu duzendenden Malen die Aufforderung ergangen, doch einmal auch nur irgendwie uns, der Zentrumsparlei — wir sind so wenig wie Sie verantwortlich für jede einzelne törichte und unbedachte Äußerung, die uns selbst außerordentlich leid tut — also uns, der Zentrumsparlei des Reiches sowohl wie des Badischen Landtages, irgend eine Aktion nachzuweisen, die als eine Beeinträchtigung der protestantischen Kirche und der jüdischen Religion aufgefaßt werden könnte. Aber wenn man von einer Aufstachelung der konfessionellen Leidenschaften reden will, ist diese nicht schon erfolgt von anderer Seite gegen unsere

Kandidaten? Wollen die Herren die Freundlichkeit haben, auch einmal ihr Gewissen nach der Richtung hin zu prüfen; es würden da die allerbedenklichsten Erscheinungen zu verzeichnen sein. Wenn man unserer Entstehung nach auch von uns als einer konfessionellen Partei reden kann, in bezug auf unser Programm ist es nicht der Fall; dieses letztere trägt keine Spur irgend eines einseitigen Konfessionalismus an sich. Ich bin meinerseits der Ueberzeugung, daß so, wie wir das Programm ehrlich und redlich bis jetzt beobachtet haben (und wie wir es auch künftig beobachten werden) es keinen Grund gibt, für einen gläubigen Protestanten in unsere Partei nicht einzutreten.

Ich hoffe angesichts der Not von der Zukunft, daß sich in protestantischen Kreisen die konfessionelle Abneigung gegen das Zentrum mildern wird, und daß wir uns, wenigstens in Zukunft, eines friedlichen Nebeneinanderlebens und einer friedlichen gemeinsamen Mitarbeit erfreuen können. (Lebhafter Beifall.) Ich meinerseits werde je konfessionelle Ungezogenheit in unseren Reihen auf das Entschiedenste bekämpfen und zurückweisen, und wir werden denjenigen als den größten Feind des Friedens und des Volkes betrachten, der in konfessionellen Leidenschaften irgendwie zu schüren gewillt ist in jeder Form. Und ich erkläre mich für unsere Partei bereit, in Frieden mit den andern Konfessionen zu arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Auf das Kapitel des Herrn Kollegen Bing hinsichtlich der Versicherung seiner religiösen Anschauungen gehe ich nicht ein. Ich halte mich da an die Schrift: „Wir wirken unser Heil in Furcht und Zittern.“ Ich bin froh, wenn ich mit mir selbst fertig werde, und es fällt mir nicht ein, gegen irgend einen meiner Nebenmenschen, er mag in religiösen Dingen eine Anschauung haben, welche er will, irgend ein Verdikt zu fällen. In bezug auf die große Frage der Ewigkeit gibt es nur einen großen Richter und von dem weiß ich nicht, ob er mich, milder anschaut, als wie einen Andern. Das ist die christliche Auffassung; sie verhindert aber nicht, daß ich die antichristlichen und antikatholischen Kundgebungen in der gegnerischen Presse hervorhebe und dieselben zum Anlaß der entschiedensten Bekämpfung nehme.

Ich will nicht mehr wegen der vorgerückten Zeit auf diese Dinge eingehen; Sie wissen ja, was die verschiedenen Amtsverköndiger schreiben. In Kasstatt ist auf einer nationalliberalen Versammlung von national-liberaler Seite das Wort gefallen: „Weg mit dem Papst, wir brauchen keinen Papst!“, und in der „Vahrer Zeitung“ ist folgendes Gedicht veröffentlicht worden:

„O edle Kumpanei!
Fünf Jahre lang die gleiche Schwefelei!
Kaum ist das eine Mädchen abgeschmurt,
Flugs hat ein zweites sich mit ihm verkettet,
Das Kapitäl ist wieder mal gerettet,
Doch eures Volkes Jugend murt,
Zawohl, sie murt!, denn sie will Taten sehen,
Ihr Herz erzittert beim Triumph der Pfaffen
Und euren Reden, euren Schaffen;
Sie ruft ihm Trutz, sie wird es nie verstehen!
Was ist uns Rom, an das der Pfaff sich hängt?
O, wir sind fertig mit dem alten Wahne!“

Das wird sich nicht mit Achtung vor der Religion vereinigen lassen, und wenn wir gegen eine solche Haltung — und eine solche Haltung dokumentiert sich vielfach in Ihrer (zu den Liberalen) Presse, wenn auch nicht in so wüster Ausdrucksweise —, wenn wir gegen eine solche Haltung unsere Glaubensgenossen sammeln, dann tun wir nichts als unsere Pflicht und Schuldigkeit. (Sehr richtig!) Ich habe trotz allem, was uns Widerwärtiges in diesen Kämpfen von einander trennt, doch immer noch die eine

Hoffnung zu dem gesunden Sinne unseres Volkes, daß es sich die große christliche Weltanschauung — ich betone das Wort noch einmal — die große christliche Weltanschauung mit dem Glauben an den Gottesohn und mit dem Glauben an die Kultur durch das Christentum nicht nehmen zu lassen gewillt ist. Ich habe das Vertrauen zu unserem Volke, in beiden Lagern, in allen Konfessionen, daß sie Alle endlich, wenn die Not der Zeit besonders groß wird, sich bewußt werden, daß sie hier verpflichtet sind, im Interesse ihrer heiligsten Güter zusammenzuhalten zu gemeinsamer, friedlicher Arbeit. (Lebhaftes Bravo und Sändeflatzchen im Zentrum.)

Staatsminister Dr. Freiherr v. Dusch: Wenn ich schon heute das Wort ergreife, so geschieht das deshalb, weil die Reden, die wir in dieser Budgetdebatte hören, allmählich einen Umfang, und ich darf wohl auch sagen bezüglich der letzten Rede, die wir eben gehört haben, eine Schärfe annehmen, die es als wünschenswert erscheinen lassen muß, daß die Regierung auch einmal zu Worte kommt. Dasjenige, was uns am Regierungstisch von allem, was wir bisher gehört haben, wohl am angenehmsten berührt hat, und das einzige, worüber bis jetzt, wie ich gesehen habe, die beiden großen Parteien dieses Hauses einig sind, das ist die Anerkennung, die dem Staatsmann geworden ist, dessen Nachfolger zu sein ich die Ehre habe. Ich kann mich dem, was der Herr Abg. Dr. Binz und der Herr Abg. Fehrenbach in dieser Richtung gesagt haben, nur anschließen und nur aussprechen, daß auch wir, die früheren Kollegen dieses ausgezeichneten Staatsmannes, es in hohem Maße bedauern, daß Gesundheitsrückichten ihn gezwungen haben, so bald aus der für ihn so außerordentlich erfolgreichen Laufbahn zu scheiden. Wenn seinem Nachfolger, d. h. meiner Person, nicht mit der gleichen Freundlichkeit entgegengetreten wird von allen Seiten, wie es bezüglich des Vorgängers der Fall gewesen ist, so hat das ja der Herr Abg. Fehrenbach darauf zurückgeführt, daß ich noch zu kurz im Dienste sei, und daß man sich ein Urteil über meine Tätigkeit noch nicht bilden können. Lassen Sie uns aber diese rein persönliche Frage auscheiden und uns auf das eigentlich Sachliche beschränken!

Was zunächst die allgemeine Stellungnahme der Regierung betrifft, so kann ich trotz der Angriffe, die von Seiten des Herrn Abg. Fehrenbach erfolgt sind, mit guter Ueberzeugung behaupten, daß sie die gleiche geblieben ist, wie sie früher war, daß die Regierung nach wie vor bestrebt ist, und meines Erachtens auch mit Erfolg, neben oder über den Parteien zu stehen. Ich kann in dieser Hinsicht nur dem, was der Herr Abg. Dr. Binz am letzten Donnerstag ausgeführt hat, bestimmen, ich kann aber diese Ausführung wohl noch dahin ergänzen, daß die Regierung es als eine weitere und sehr wesentliche Aufgabe betrachtet, neben ihrer Stellung über den Parteien ausgleichend und versöhnend zu wirken. Denn das, m. E., ist keine Frage: Wenn die Gegensätze sich in dem Maße verschärfen, wie wir jetzt wieder in dieser Debatte sehen, so ist freilich ein erfolgreiches und ersprißliches Zusammenwirken nur schwer denkbar, wenn ja auch der Herr Abg. Fehrenbach am Schluß seiner Ausführungen gewisse versöhnende Worte beigefügt hat. Die Regierung sieht es als ihre Aufgabe an, ausgleichend und versöhnend zu wirken, so schwierig auch diese Aufgabe sein mag bei den Gegensätzen, die jetzt die Parteien trennen, die aber, wie die Regierung hofft, doch vielleicht im Laufe des Landtages etwas von ihrer Schärfe verlieren werden. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß trotz der scharfen Gegensätze die entscheidenden Parteien dieses Hauses sich auf dem Boden sachlicher Arbeit mit der Regierung zusammenfinden werden.

Wenn ich anknüpfen darf, an das, was der Herr Abg. Dr. Binz am letzten Donnerstag ausgeführt hat, so hat mich dabei sympathisch berührt die außerordentlich lebhafteste Betonung der nationalen Gesinnung, des nationalen Gedankens. Ich möchte an diese sehr lebhafteste Aussprache des Herrn Abg. Dr. Binz nur den einen Wunsch anknüpfen, daß es ihm in seiner maßgebenden Stellung als Führer der nationalliberalen Partei auch gelingen möge, denjenigen Spuren von — ich will nicht sagen antinationaler, aber — etwas weniger nationaler Gesinnung, die man manchmal in der Presse seiner Partei finden kann (Zurufe: Oho!) mit Erfolg entgegenzutreten (Hört, hört! Unruhe bei den Nationalliberalen).

Der Herr Abg. Dr. Binz hat sodann am Schluß seiner Ausführungen, als er seine Stellung zur Regierung näher kennzeichnete, noch erklärt, daß die nationalliberale Partei der Regierung kein Mißtrauen, aber auch kein besonderes Vertrauen entgegenbringe. Diese Worte scheinen eigentlich recht wenig freundlich. Ich glaube aber, daß sie in Wirklichkeit nicht unfreundlich gemeint gewesen, sondern daß der Herr Abg. Binz den Gedanken hat zum Ausdruck bringen wollen, daß die nationalliberale Partei der Regierung gegenüber eine unabhängige, neutrale und zunächst abwartende Stellung einnehmen wird. Genau in der gleichen Lage ist die Regierung auch der nationalliberalen Partei gegenüber. Ob und in wie weit die Wege der Regierung und der nationalliberalen Partei zusammengehen, auch in diesem Landtag zusammengehen werden, hängt sehr wesentlich davon ab, wie sich die Verhältnisse in der nationalliberalen Partei selbst gestalten, ob und inwie weit die Partei sich bei Behandlung der einzelnen, teilweise sehr schwierigen Fragen, die uns gestellt sind, auf den alten gemäßigt liberalen Standpunkt stellt, ob nicht etwa ein gewisser Zug nach links, der unverkennbar ist, die nationalliberale Partei vielleicht in der einen oder anderen Frage in eine etwas weniger freundliche Stellung zur Regierung bringt. Ich kann in dieser Richtung nur sagen, daß die Regierung den besten Willen hat, mit den staatsrechtlichen Parteien des Hauses auf der rechten und linken Seite zusammenzuarbeiten. Die Regierung kann aber, wie der Herr Abg. Binz auch anerkannt hat, nicht eine Parteiregierung sein, sie kann sich nur auf einen durchaus objektiven und unparteiischen Standpunkt stellen.

Der Herr Abg. Binz hat sodann einen sehr wesentlichen Teil seiner Ausführungen dem wahltaktischen Bündnisse der Liberalen mit der Sozialdemokratie gewidmet.

Er hat erklärt, die nationalliberale Partei sei eine unabhängige Partei, sie habe die Regierung nicht gefragt, was sie machen solle, und die Regierung habe auch die nationalliberale Partei nicht gefragt. Ich kann das, ungeachtet der Anfechtung dieses Standpunktes durch den Herrn Abg. Fehrenbach, nur bestätigen, und ich glaube, es wird sich auch der Herr Abg. Fehrenbach noch im Laufe der Verhandlungen bis zu einem gewissen Grade davon überzeugen lassen, daß in der Tat die Regierung diesem wahltaktischen Bündnisse zwischen der liberalen Vereinigung und der Sozialdemokratie vollkommen fern gestanden hat.

Ich will auf eine nähere Kritik der Äußerungen des Herrn Abg. Binz bezüglich der politischen Notwendigkeit und Berechtigung dieses Bündnisses meinerseits nicht eingehen. Einen gewissen Zweifel bezüglich der Notwendigkeit können allerdings die Ausführungen, die der Herr Abg. Eichhorn vor einigen Tagen gemacht hat, erwecken; Herr Eichhorn hat ausdrücklich erklärt — und das stimmt mit verschiedenen Kundgebungen aus dem Kreise seiner Partei von früher zusammen —, daß die sozialdemokratische Partei den Nationalliberalen auch ohne ein Wahlbündnis beigestanden sein würde.

Was die Berechtigung des Bündnisses anlangt, so glaube ich, daß über den Standpunkt der Regierung in dieser Beziehung wohl kein Zweifel möglich sein wird. Nur möchte ich das eine bemerken, daß eine Berechtigung dieses Bündnisses sich aus einer Argumentation, wie sie Herr Abg. Dr. Binz es beliebt hat, nämlich aus einem früheren gleichen Vorgehen des Zentrums in Bayern sich nicht herleiten läßt. Die Argumentation, daß die national-liberale Partei das Gleiche getan habe, was das Zentrum in Bayern getan hat, ist meines Erachtens in keiner Weise geeignet, das Wahlbündnis in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen, als es der Regierung tatsächlich erscheint.

Eines aber möchte ich schon jetzt, unter Vorbehalt der Erwiderung auf Ausführungen des Herrn Abg. Fehrenbach, sagen: das Zentrum hat meines Erachtens keinen Grund, seinerseits einen Stein auf dieses Bündnis zu werfen (Heiterkeit); ich glaube, darüber werden alle Unbeteiligten sich wohl klar sein, daß es eine gar zu subtile Unterscheidung ist, zu sagen: daß in Bayern mit dem Bündnis nur ein ganz bestimmter, allerdings ein sehr großer Zweck: der der Wahlreform, verfolgt worden sei; es ist eben tatsächlich — auf gut deutsch gesagt — dort genau das Gleiche geschehen wie bei uns (Zurufe, Widerspruch). Es wäre deshalb am allerbesten, wenn gerade über diese Frage seitens der beiden Parteien dieses hohen Hauses keine Vorwürfe ausgetauscht würden, denn in diesem Falle sind in der Tat die Dritten, die sich freuen und zwar, wie das ihre Presse ergibt, sich in hohem Maße freuen, die Herren von der Sozialdemokratie.

Aber ich meine, man soll dieses wahltaktische Bündnis mit der Sozialdemokratie, das in unseren Erörterungen einen so breiten Raum einnimmt, doch vielleicht insofern etwas zurücktreten lassen, als das Dinge sind, die nun einmal geschehen sind, und als deren Besprechung, wenn sie auch noch so ausführlich ist, an der Sache nichts mehr ändern kann.

Wichtiger ist allerdings die Frage, ob nicht dieses Bündnis für die Zukunft noch von bedenklichen Folgen für die Stellung der national-liberalen Partei sein könnte. — Ich möchte nur den einen Gesichtspunkt hervorheben, daß es noch immerhin als fraglich erscheint, ob es in künftigen Fällen möglich sein wird, die Wählermassen, die diesmal für das wahltaktische Bündnis mit der Sozialdemokratie dirigiert worden sind, nunmehr wiedergewinnen für die national-liberale Partei. Jedenfalls, darüber besteht für mich kein Zweifel, und das ist ein Punkt, wobei ich dem Herrn Abg. Fehrenbach wohl zustimmen kann — er scheint den gleichen Artikel einer national-liberalen Zeitung im Auge gehabt zu haben wie ich — eine kulturrettende Tat kann man das wahltaktische Bündnis mit der Sozialdemokratie nicht nennen.

Unter allen Umständen aber steht eines fest — daß die Regierung dieser Sache durchaus objektiv und unparteiisch gegenübergestanden hat und daß es durchaus unberechtigt war (und es wird das von allen Beteiligten, gerade auf den Seiten, die das wahltaktische Bündnis angeht, bestätigt werden können) zu behaupten, die Regierung habe ihrerseits dieses Bündnis irgendwie gebilligt oder gefördert.

Wenn ich also das, was der Herr Abg. Binz über den Standpunkt der National-liberalen der Regierung gegenüber gesagt hat, im Ganzen resumiere, so kann ich nur wiederholen, daß die Stellung der national-liberalen Partei zur Regierung die gleiche sei, wie diejenige der Regierung zu dieser Partei, nämlich: die Stellung völliger Unabhängigkeit, aber auch das beiderseitige Bestreben, so weit es irgend möglich ist, gemeinschaftlich zu arbeiten zum Wohle des Vaterlands.

Meine Herren, die schwierigere Aufgabe als gegenüber den Ausführungen des Herrn Abg. Binz ist mir gestellt

durch die Rede, die heute der Herr Abg. Fehrenbach gehalten hat.

Ich kann wohl sagen: Was die entscheidenden Punkte anlangt, so hat der Herr Abg. Fehrenbach, der ein ausgezeichnete Debatter ist, heute offenbar nach dem Gesichtspunkt gehandelt, daß die beste Defensiv die Offensive sei; er hat Angriffe gegen die Regierung erhoben, auf die ich nachher noch näher eingehen werde, — er hat aber einen entscheidenden Punkt eigentlich ganz umgangen und zwar den Punkt, der ja überhaupt Anlaß dazu gegeben haben könnte, daß vielleicht da und dort ein Beamter — ich bestreite aber, daß dies in amtlicher Stellung geschähe — irgendwie schärfer in den Wahlkampf eingegriffen hätte, mit einem Wort, er hat das ganze Kapitel der Wahlagitator durch die katholische Geistlichkeit vollständig umgangen, allerdings unter Hinweis darauf, daß das ja erst später gelegentlich der in dieser Frage gestellten Interpellation näher verhandelt werden könnte.

Meine Herren, auf diesen Standpunkt kann sich die Regierung gegenüber den Angriffen, die heute gegen sie gerichtet worden sind, nicht stellen. Ich muß vielmehr, wenigstens auf Einzelnes, was der Herr Abg. Fehrenbach in dieser Richtung ausgeführt hat, etwas ausführlicher antworten und vor Allem Ihnen kurz historisch darlegen, wie die ganze Stellung der Regierung in dieser Frage überhaupt erwachsen ist.

Gestatten Sie mir, nur zunächst in Kürze auf das einzugehen, was der Herr Abg. Fehrenbach im Laufe seiner Ausführungen einleitend bemerkt hat. Er hat sich zunächst auseinandergesetzt über die Art des Wahlkampfes, wie er von den anderen Parteien geführt worden ist; er hat, wenn ich es sagen darf, eine Reihe von alten „Spähnen“ auch heute wieder vorgebracht. Ich habe für meine Person keinen Anlaß, auf dieses ganze Kapitel des Wahlkampfes, das ja ein außerordentlich unerfreuliches und zwar ein unerfreuliches von allen Seiten ist, irgendwie näher einzugehen. Nur einen Punkt, den der Herr Abg. Fehrenbach auch näher erörtert hat, möchte ich herausgreifen und der betrifft den „Waldmichel“.

Ich war, offen gestanden, außerordentlich gespannt, wie sich der Herr Abg. Fehrenbach heute gegenüber diesem Elaborat stellen werde. Der Herr Abg. Fehrenbach hat nun heute — ich will nicht den Ausdruck gebrauchen: den Waldmichel „abgeschüttelt“; — aber so ein wenig geschüttelt hat der Herr Abg. Fehrenbach doch. (Behaftete Heiterkeit, besonders auf der linken des Hauses). Er hat zugegeben, daß in dem „Waldmichel“ denn doch Dinge enthalten seien, die einen „gemäßigten Parteimann“ — und durchaus gemäßigt ist ja der Herr Abg. Fehrenbach, wie er versichert hat, und wie ich ihm glaube — stutzig machen müssen, und in der Tat, das ist auch so. Ich für meine Person will mich auf eine nähere Erörterung des ganzen Inhalts des „Waldmichel“ nicht einlassen; eine solche Erörterung ist ja doppelt peinlich, da wir den Herrn Verfasser des „Waldmichel“ nach seiner eigenen neuerlichen Einräumung selbst unter uns sehen und es in der Tat nicht ganz leicht ist, ohne eine gewisse Schärfe über dieses Prekelaborat zu sprechen. Aber ich muß doch sagen, — und das wird der Herr Abg. Fehrenbach nicht bestreiten können — das sind doch zwei absolut divergierende und sich ausschließende Stellungen: diejenige der Herren Abgg. Fehrenbach und Behner — ich erinnere an die Erklärungen im letzten Landtage — und die Stellung, wie sie sich ergibt aus dem „Waldmichel“. (Sehr richtig! Bewegung im Zentrum.)

Wenn dieser Waldmichel nur in einzelnen Zeitungsbrüchstücken erschienen wäre, nun gut, im Wahlkampf geht so manches vor und vorüber. Aber nein! der Waldmichel ist auch noch als Buch erschienen und im ganzen

Land verbreitet worden, und da habe ich dann, nachdem ich früher nur einzelne Kapitel gelesen hatte, Anlaß genommen, mir den ganzen Waldmichel anzusehen. Das Ergebnis war: daß wenn die Zentrumsparlei sich auf einen solchen Standpunkt stellen wollte und stellen würde, daß dann ein Zusammenarbeiten mit dieser Partei nicht möglich wäre. Wenn auch Manches von dem, was im Waldmichel steht, historisch, in einzelnen Tatsachen wahr sein mag, so ist eben doch der ganze Waldmichel nach dem Grundsatz gearbeitet: Zwar womöglich nur Wahres zu sagen, aber unendlich viel Wahres zu verschweigen! (Zurufe von nationalliberaler Seite: Sehr richtig!) Meine Herren, was der Waldmichel in seinen über hundert Seiten gebracht hat, läßt sich, was die Beurteilung vor Allem des Staates und seiner Beamten anbelangt, in einem sehr schönen Wort zusammenfassen, das kürzlich eine kleinere Zentrumszeitung geprägt hat, indem sie von den Ministern als „Schindersstreichchen im Frack“ sprach. Das ist die Melodie, von der der Waldmichel erfüllt ist von Anfang bis zu Ende! Alles, was die Beamten getan haben, ist verwerflich! Es ist vorweg unterstellt, daß eine anständige und ehrenhafte Gesinnung bei den Beamten überhaupt nicht denkbar sei. Es wird alles zusammengetragen um, — wenn ich einen etwas abgebrauchten Ausdruck auch hier wiederholen darf, — die „Volksseele zum Kochen zu bringen“. (Sehr richtig, sehr gut!) Die zwei Seelen, die kochen sollen, das sind der „Köhlernaz“ und der „Braunsepp“, oder wie sie heißen. (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen nur sagen, das war mir der peinlichste Eindruck bei der Lektüre des ganzen Preßelaborats, nicht die Angriffe, die auf geschichtliche Vorgänge, Dinge und Personen, die mitgewirkt haben, gemacht werden, sondern, wenn einmal einer der beiden Genossen des Waldmichel wild wird, dann heißt es: „Nur ruhig Blut, alles vergeben, — und dann kommt der Nachsah: Aber nichts vergessen“. In der Tat, nichts ist vergessen worden in diesem „Waldmichel“, nicht eine Tatsache, die geeignet ist, die Stellung der Regierung in ein schiefes Licht zu setzen.

Und nun fragt es sich: welches ist eigentlich die Stellungnahme des Zentrums zu dieser Schrift? Ich muß sagen, ich hätte gewünscht, daß der Herr Abg. Fehrenbach, der vielleicht im stillen Kämmerlein sich meiner Anschauung mehr nähert, als es heute zum Ausdruck gekommen ist, den Waldmichel gründlicher abgeschüttelt hätte. Denn mit einem solchen Standpunkt ist überhaupt nicht auszukommen. Ich will, wie gesagt, nicht in die ganze geschichtliche Vergangenheit zurückgreifen, — es läge zwar sehr nahe, gar manches im „Waldmichel“ richtig zu stellen, ich wollte nur aus diesem Gesichtspunkt auch heute dieses Buch besprechen, nachdem feststeht, welche Stellung auch die gemäßigten Elemente in Ihrer Fraktion zu einem solchen Preßerzeugnis einnehmen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat gleich im Zusammenhang mit dem „Waldmichel“ sich den Oberamtännern zugewendet und hat auch im späteren Verlauf seiner Ausführungen sowohl die Oberamtännern als die Amtsvorkämpfer in den Bereich seiner Erörterungen gezogen. Er hat teilweise außerordentlich scharfe Äußerungen getan über Vorgänge, die mir größtenteils vollkommen unbekannt sind, und die, wie der Herr Minister des Innern bestätigen wird, auch ihm, wenigstens zum Teil, unbekannt sind. Ich möchte nur Eines hervorheben. Wenn so gearbeitet wird, mit Elaboraten nach Art des „Waldmichel“, dann ist es doch wohl dem Staatsbürger nicht übel zu nehmen, auch wenn er Beamter ist, daß im Wahlkampf auch seine Tonart einmal schärfer wird. Aber Eines habe ich in den Ausführungen des Herrn Abg. Fehrenbach vollständig vermisst; den Nachweis dafür, daß irgendwo einer der

genannten Beamten, es waren vier Amtsvorstände, soweit ich habe übersehen können, sich in seiner Eigenschaft als Beamter in die Wahlen eingemischt habe, irgendwie seine amtliche Autorität geltend gemacht habe, um die Wahl zu beeinflussen. Wenn ein Nachweis in dieser Richtung gelingt, so bin ich der Erste — und ich bin überzeugt, der Herr Kollege vom Ministerium des Innern wird sich dem vollkommen anschließen — der ein solches Verfahren mißbilligen und rektifizieren würde.

Nun hat der Herr Abg. Fehrenbach in seinen weiteren Ausführungen nur verhältnismäßig ganz kurz die Wahl-agitation der katholischen Geistlichkeit gestreift. Diese ganze Frage sollte erst erörtert werden bei der Interpellation, die darüber eingebracht ist. Allein die Art, wie heute seitens des Herrn Abg. Fehrenbach vorgegangen worden ist, nötigt mich doch, einige Worte zu sagen.

Vor allem möchte ich dem Herrn Abg. Fehrenbach die eine Antwort geben: Wenn er glaubt, daß etwa das Vorgehen der Regierung gegen die übermäßige Wahl-agitation der Geistlichkeit ein Novum sei, das sich nur habe ereignen können, nachdem der durchaus unparteiische und objektive Staatsminister v. Brauer abgegangen sei, so muß ich doch, was dem Herrn Abg. Fehrenbach bis jetzt vielleicht nicht bekannt war, darauf hinweisen, daß die Vorgeschichte des jetzigen Vorgehens der Regierung weit zurückreift in die Zeit der Amtstätigkeit meines hochverehrten Herrn Vorgängers, und daß speziell die amtliche Tätigkeit des Kultusministeriums in voller Übereinstimmung mit dem früheren Präsidenten des Staatsministeriums erfolgte.

Der erste Anlaß zu einem Vorgehen der Regierung wegen der Wahl-agitation der Geistlichkeit hat sich schon im April des Jahres 1904 ereignet. Es hat damals eine Korrespondenz stattgefunden zwischen dem Kultusministerium und der Kurie wegen eines Briefes des Pfarrers Keller in Gottenheim über die Mißstände, der auch in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt hat. Hierbei hat die Kurie Veranlassung genommen, auf eine Vorstellung unsererseits im April 1904 zu antworten, sie müsse sich beschweren, daß seitens der Regierung gar nichts geschehe gegen schwere Angriffe, die von allen Seiten gegenüber der katholischen Kirche erfolgen. (Abg. Dieterle: Sehr wahr!) Diese Angriffe sind auch mir nicht unbekannt, und ich nehme gar keinen Anstand, sie auch meinerseits aufs Äußerste zu bedauern. Wenn aber die Herren glauben, daß die Regierung all das, was geschehen sei, auch von Beamten, ruhig habe hingehen lassen, so ist das ein schwerer Irrtum. Wir haben Veranlassung genommen, auch gegen Beamte vorzugehen. Aber das sind Dinge, die sich nicht auf dem offenen Markt abspielen, sondern die, wenn auf beiden Seiten die nötige Zurückhaltung bewahrt wird, überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Nach dieser Abschweifung, die nur durch den Zwischenruf veranlaßt war, gestatte ich mir, weiter auf den Schriftwechsel mit dem erzbischöflichen Ordinariat einzugehen. Wir hatten Anlaß genommen, energisch zu betonen, daß die Regierung gegenüber den gerügten Ausschreitungen niemals untätig geblieben sei. Wir haben ferner betont, daß nach dem uns amtlich über die Reichstagswahl des Jahres 1903 vorgelegten Material eine Reihe von Geistlichen schon damals in einer Weise vorgegangen ist, die eine Strafverfolgung auf Grund des § 16 b bezw. c des Gesetzes von 1860 bezw. 1874 rechtfertige. Ich darf vielleicht noch hervorheben, daß wir damals ausdrücklich erklärt haben, wir brächten nicht, um nachträglich Beschwerden zu führen, die Sache zur Kenntnis der Kurie, sondern um auf die Gefahren hinzuweisen, die sich für das Ansehen und die Würde des geistlichen Standes ergeben; wir mußten vor allem auf die Gefahr hinweisen, daß die Staatsgewalt

schließlich gezwungen werde, von den gesetzlichen Mitteln, die einmal gegeben sind, Gebrauch zu machen. Eine Antwort der Kurie auf diese Frage ist nicht erfolgt. Wohl aber erfolgte nach etwa sieben Monaten das bekannte Wahlrundsreiben der Zentrumspartei an die katholischen Geistlichen. (Abg. Dr. Binz: Das war die Antwort!)

Ich will auf Einzelheiten in dieser Richtung nicht eingehen, ich führe die Daten nur deshalb an, weil vom Herrn Abg. Fehrenbach der Schluß gezogen wird, als ob ein solches Vorgehen unter der Leitung des Staatsministers v. Brauer nicht möglich gewesen wäre. Ich kann den Inhalt des Wahlrundsreibens dahin zusammenfassen, daß die katholischen Geistlichen direkt zum politischen Kampf aufgefordert werden. Daran hat sich eine sehr eingehende Korrespondenz zwischen dem Kultusministerium und dem erzbischöflichen Ordinariat geknüpft, die schließlich die Ihnen allen bekannte Zurücknahme dieses Schreibens zur Folge gehabt hat. Ich sage Zurücknahme *cum grano salis*, denn, es war tatsächlich keine sachliche Zurücknahme, sondern nur die Erklärung, man habe nicht beabsichtigt, irgendwie die Geistlichen für die politische Tätigkeit in Anspruch zu nehmen. Allein diese Erklärung war nach Ansicht der Regierung ohne jeden Wert, denn es war nichts von dem zurückgenommen, was den Geistlichen angefallen war. Und ich kann nur mit dem größten Bedauern feststellen, daß nunmehr in den letzten Wahlkämpfen jene Aufforderung durch die Geistlichkeit in so hohem Maße befolgt worden ist. (Sehr richtig bei den Nationalliberalen). Nachher ist ein weiteres Rundschreiben an die Geistlichen des Bezirks speziell für Freiburg-Emmendingen erfolgt, das eine vollständige Anweisung für die Art der Behandlung politischer Wahlen enthält — ein Versuch, die Geistlichkeit ganz direkt, ich will nicht sagen zu Wahlagenten herabzuwürdigen, aber als Wahlagenten zu gebrauchen. Ich kenne den Verfasser nicht (Zwischenruf: Es war der Abg. Kopf). Es liegt aber juristische Schärfe darin. In diesem Wahlrundsreiben ist mit großer Klugheit umgegangen, daß etwa der Geistliche für den Wahlkampf die Kanzel oder kirchliche Gnadenmittel gebrauchen sollte, sondern die Geistlichen sind angegangen worden in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen. Es ist deshalb auch nichts geschehen seitens der Grob-Regierung bis zu dem letzten Wahlkampfe, wo sich die Nachrichten über die Wahlagitator der Geistlichen in außerordentlichem Maße gehäuft haben, wo Erscheinungen zu Tage getreten sind, die ich am allermeisten bedauere. Nachdem zweimal in verbindlichster Form und in der besten Absicht gebeten worden war, auf die Geistlichkeit in anderem Sinne einzuwirken, ist gerade das Gegenteil geschehen und hat sich die Geistlichkeit bei den Wahlen in einer Weise betätigt, daß schließlich von Seiten der Regierung eingeschritten werden mußte.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat dieses Kapitel dazu benützt, um Vorwürfe an die Adresse des Herrn Ministers des Innern zu richten und die Frage auszusprechen, woher das Ministerium des Innern die Berechtigung nehme, überhaupt über derartige Dinge Erhebungen zu machen. Ich möchte aber die Frage umgekehrt stellen: wie kann dem Ministerium des Innern das Recht bestritten werden, über eine für die ganze Politik so wichtige Frage Erhebungen zu machen, über eine Frage, die auf das tiefste in den konfessionellen Frieden eingreift? Das Ministerium des Innern hat sowohl in diesem wie auch in früheren Fällen Erhebungen veranlaßt, das Ergebnis der Erhebungen war ein derartiges, daß die Regierung genötigt war, in einzelnen Fällen Strafverfolgung einzuleiten.

Ich will auf die Frage der Gültigkeit der §§ 16 b und c des Kirchengesetzes nicht eingehen. So haben wir ja die

die Wahlagitator der Geistlichen in ebenso bei den Wahlprüfungen behandelt. Wir haben sie heute, und werden sie nochmals mit allen Einzelheiten bekommen. Aber ich wollte nur die eine Tatsache feststellen; nicht ein neuer Kurs liegt vor, sondern auch im Sinne unseres alten Staatsministers und mit dessen Zustimmung ist diese Aktion eingeleitet worden; nicht eine Aktion gegen die Geistlichen, eine Aktion im Interesse der Geistlichen, und das Kultusministerium hat sich mit vollem Recht für berufen erachtet, sich an die Kurie zu wenden, um eine Einwirkung auf die Geistlichen zu erzielen. Es hat sich aber leider gezeigt, daß eine Einwirkung im Sinne der Regierung nicht in genügender Weise erfolgt ist.

Ich will dies Kapitel verlassen und nur im Anschlusse daran, nachdem ich bereits vorhin die Angriffe des Herrn Abg. Fehrenbach gegen den Herrn Minister des Innern erwähnt habe, noch kurz das folgende sagen: Der Herr Abg. Eichhorn hat mit der, ich will mich höflich ausdrücken, mit der Freimütigkeit, die die Herren seiner Partei auch in diesem hohen Hause zu zieren pflegt, ohne sich — ich will übrigens in keiner Weise in die Präsidienrechte eingreifen — einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten zuzuziehen, erklärt, wenn die Zentrumsblätter wieder einmal einen Minister ausschiffen wollen, so solle sie nicht den Minister Schenkel, sondern den Herrn Finanzminister Becker ausschiffen. Es ist nun doch interessant, was den Herrn Abg. Eichhorn zu dieser Aeußerung veranlaßt hat. Es liegen mir mehrere Artikel vor aus den allerletzten Tagen, und zwar vom „Pfälzer Boten“ und „Badischen Beobachter“. Zu meiner leibhaftigen Ueberraschung, da mir als Staatsminister auch nicht das geringste davon bekannt war, lese ich da: „Uns will fast scheinen, daß man dem Herrn Minister Schenkel zurufen könne, wie einst Frundsberg Luther zugerufen hat: „Du gehst einen schlimmen Gang!“ und daß Herr Schenkel die letzte Karte ausgespielt hat.“ Der „Pfälzer Bote“ ist noch deutlicher und erklärt, man gehe sicher nicht fehl, wenn man annehme, daß die Ausschiffung des Herrn Ministers Schenkel schon erfolgt wäre, wenn der Staatsminister dem Landesherren hätte Vortrag erstatten können.

Ich erwähne diese Dinge nur, weil meines Erachtens — und damit komme ich auf den Waldmichel zurück — derartige Prekäuerungen die Früchte einer solchen maßlosen Agitation sind, wie sie im Waldmichel enthalten ist, eine Agitation, die dazu führt, reine Fabeln in die Welt zu setzen; denn nur als solche kann ich die Ausführungen über den Herrn Minister Schenkel bezeichnen.

Uebrigens wird, was die Angriffe gegen die Oberamtmänner und über die Amtsverkündiger betrifft, mein Herr Kollege selbst noch Gelegenheit nehmen, sich über Einzelheiten auszusprechen.

Ich möchte aus den Ausführungen des Herrn Abg. Fehrenbach nur noch die Behauptung herausgreifen, daß die Rede des Reichskanzlers über die Wahlbündnisse der bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten auch die Regierung habe berühren müssen. Ich habe aber schon vorhin erklärt, die Regierung steht, und das muß jeder, der an diesem Wahlbündnis irgend wie beteiligt war, zugeben, diesem Wahlbündnis nicht nur in jeder Hinsicht fern, sondern hat es von Anfang an durchaus mißbilligt, einen Standpunkt, den ich ebenso offen ausspreche, wie der Herr Abg. Dr. Binz seinen Standpunkt offen dargelegt hat.

Nun führt der Herr Abg. Fehrenbach die, ich möchte fast sagen, berühmten Artikel der „Karlsruher Zeitung“ an. Der erste Artikel der „Karlsruher Zeitung“, der das Unheil angerichtet hat, ist — das kann ich wohl sagen, nicht von einem Minister und auch nicht auf seine Veranlassung hin geschrieben worden. Ich verstehe aber

nicht, wie man aus diesem Artikel eine Förderung des Wahlbündnisses herauslesen kann. Ich will auf den Inhalt des Artikels nicht näher eingehen, sondern nur einen Satz hervorheben: „Die Sachlage dürfte Veruche zu Parteiverbindungen zeitigen, über deren mögliche und vorläufige Gestaltung wir uns jeder Aeußerung enthalten wollen.“ Daraus und offenbar aus diesem sehr hypothetischen Satz, man enthalte sich jeder Aeußerung, ist wie das im Parteileben zu gehen pflegt, von der Partei, die das wünschte, herausgesehen worden, die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß sie das Wahlbündnis billigt.

Nun muß man doch auch die Daten vergleichen, um die es sich handelt. Der Artikel ist am 21. Oktober, nach den Wahlen erschienen, also auf die Wahlen selbst konnte er in keiner Weise einwirken. Allerdings kamen nachher die Stichwahlen. Aber alsbald, wenige Tage nach diesem Artikel, und zwar vier Tage vor den Stichwahlen, ist, und zwar in einem amtlich veranlaßten Artikel der „Karlsruh. Ztg.“, erklärt worden, daß es vollkommen unverständlich sei, wenn in dem ersten Artikel eine Aufzorderung zum Abschluß eines solchen Bündnisses oder eine Billigung gefunden werden könne. Ich will auf den Inhalt der Artikel im einzelnen nicht mehr eingehen und kann nur wiederholen: Die Regierung ist diesem Wahlbündnis durchaus fern gestanden und hat sich jeder Einwirkung enthalten. Und wenn auch einmal ein Oberamtmann in einer Wahlversammlung gesprochen haben sollte, und nach ihm ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei, so müßte erst noch nachgewiesen werden, ob irgend eine Vereinbarung über die Rednerliste erfolgt ist, ob der Oberamtmann gesprochen hat, um etwa den Sozialdemokraten zu unterstützen oder umgekehrt. Aber das kann doch auch der Oberamtmann nicht verhindern, wenn er in einer Wahlversammlung spricht, daß auch ein Redner von der sozialdemokratischen Partei aufsteht. Nun, die Sache erweckt die Heiterkeit des Herrn Abg. Zehrenbach. Sie ist aber sehr ernst, und ich möchte bitten, so scharfe Angriffe gegen die Regierung auch etwas näher zu substantiieren. Ich möchte meinerseits nur wiederholt erklären, wenn sich Anlaß ergibt zur Annahme, daß ein Beamter seine amtliche Stellung mißbraucht habe oder überhaupt in einer Weise aufgetreten sei, wie es mit seiner amtlichen Würde und Stellung nicht vereinbarlich ist, so wird es an der Regierung nicht fehlen, die notwendige Remedur eintreten zu lassen.

Ich glaube mich nunmehr im wesentlichen mit demjenigen abgefunden zu haben, was der Herr Abg. Zehrenbach uns heute vorgetragen hat; ich möchte nur hervorheben: auf die Frage der Militärvereine lasse ich mich nicht ein, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde, weil die Regierung mit den Militärvereinen auch lediglich nichts zu tun hat. Ob und welche Erfolge damit erzielt werden sollen, die Angelegenheit der Militärvereine auch hier in die Debatte zu ziehen, weiß ich nicht. Es ist Sache der Militärvereine, wie überhaupt jedes Vereines, zu erklären, ob und welche Mitglieder er bei sich behalten will. Und wenn einzelne Militärvereine etwa ausgesprochen haben, oder die Militärvereine im allgemeinen, daß gewisse Mitglieder wegen ihrer politischen Gesinnung ausgeschlossen werden sollen, so ist das lediglich Privatangelegenheit dieser Vereine, die jedenfalls die Regierung als solche in gar keiner Weise berührt.

Der Herr Abg. Zehrenbach hat schließlich, und das war ein gewisser versöhnlicher Ausklang seiner sonst etwas scharfen Ausführungen, erklärt, daß auch er für ein friedliches Zusammenarbeiten, soweit irgend möglich, mit den anderen Parteien und mit der Regierung eintreten werde. Ich kann seitens der Regierung diese Erklärung nur akzeptieren und die Hoffnung aussprechen, die ich schon am

Anfang meiner Ausführungen angedeutet habe: daß eben die sachliche Arbeit die divergierenden Elemente, soweit sie überhaupt als staatsbehaltende zu betrachten sind, soweit sie gesonnen sind, den Staat zu fördern, in diesem hohen Hause doch wieder zusammen führen wird zum Wohle des Landes!

Gestatten Sie mir, da ich am Wort bin, noch kurz einige Bemerkungen zu der Debatte vom letzten Donnerstag. Es sind, um auf die Finanzpolitik zu kommen, Erscheinungen zutage getreten, die der Regierung eine gesunde und ordnungsgemäße Finanzgebarung recht erschweren. Es ist eine Eigentümlichkeit unseres öffentlichen Lebens, daß sich beim Herannahen eines Landtages immer weitere Wünsche häufen, und, wenn der Landtag dann zusammengetreten ist, eine wahre Flut von Anträgen und Wünschen kommt, deren Befriedigung im Hinblick auf die Finanzlage außerordentlich schwierig ist. Es sind dabei Erscheinungen zutage getreten, die nicht mit Freude begrüßt werden können: Es ist vorgekommen, daß in einer Reihe von Versammlungen von Interessenten sich Abgeordnete aller Parteien zusammengefunden haben, nicht um etwa die Ansichten, die sie da hören, ad referendum zu nehmen und eine Prüfung zuzusagen, sondern sich auf die Unterstützung von Wünschen festzusetzen, die eben in der Praxis sehr schwer auszuführen sind. Ich erwähne das nur beiläufig; ich kann den Herren selbstverständlich das Recht nicht bestreiten. Ich muß nur für die Regierung das Recht in Anspruch nehmen, diesen Wünschen, die wirklich wie Flutwellen über die Regierung und über unsere Finanzen hereinbrechen, mit Vorsicht entgegenzutreten und mit voller Rücksicht auf die Finanzlage. In dieser Richtung kann ich nur mit Freuden begrüßen, daß der Herr Abg. Gieseler sich in seinen ausgezeichneten Ausführungen über das Budget auch auf den Standpunkt eines vorsichtigen und klugen Finanzmannes gestellt hat, was ihm allerdings — von der sozialdemokratischen Presse, welche ja da eine sehr extreme Stellung einnimmt, will ich ganz absehen — alsbald auch wieder von einem Blatte einer dem Staate näherstehenden Partei eine Rüge zugezogen hat.

Ich lege Wert darauf, schon jetzt an dieser Stelle, ehe in die eigentliche Finanzverhandlung eingetreten wird, ehe das hohe Haus an die Prüfung der vielen Anträge, die vorliegen, eingeht, namens der Regierung zu erklären — und ich beziehe mich da auf die Ausführungen des Herrn Finanzministers in seiner Rede vom 24. Juni 1904 — daß die Regierung hinter dem Finanzminister steht, wenn es sich darum handelt, eine ungesunde Anlehenpolitik abzulehnen. Es wäre ja nichts dankbarer und nichts bequemer für die Regierung, als zu sagen: Wir nehmen 20, 30 Millionen auf und befriedigen alle Wünsche. Die Regierung würde dann bald sehr populär sein. Allein die Regierung würde ihre Pflichten schwer verletzen. Bei der außerordentlichen Höhe unserer Anlehen für Eisenbahnzwecke, wie der Herr Abg. Gieseler sehr richtig ausgeführt hat, bedrücken schon diese Anlehen den Staat recht schwer. Wenn sie bedenken, daß die Eisenbahnanlehen sich jetzt schon auf 418 Millionen Mark belaufen, daß die ungeheuren Ausgaben, denen wir entgegengehen, allein bezüglich einiger Bahnhöfe in kürzester Frist unsere Staatsschuld auf eine halbe Milliarde werden anwachsen lassen, wenn sie nur diese Zahlen ins Auge fassen, so müssen sich schon die größten Bedenken dagegen erheben, daß auch für andere Staatszwecke Darlehen aufgenommen werden. Es wird nun freilich immer damit operiert; „man solle doch das Beispiel der Städte befolgen; diese machen ja auch große Anlehen, Mannheim, Karlsruhe haben Anleihen aufgenommen, die sich schon auf 40 und mehr Millionen belaufen.“ Wenn ich diese allerdings recht nüchterne Frage nach

den sehr lebhaften politischen Auseinandersetzungen von heute abend noch berühren darf, so möchte ich doch bezüglich der Städteanleihen darauf hinweisen: Es ist die Frage, wie weit auch unsere außerordentlich wohlhabenden und vortrefflich geleiteten Städte in ihrer Anlehenspolitik noch weiter gehen können. Es ist mir ganz zufällig in den letzten Tagen eine Zusammenstellung in die Hände gekommen über die städtischen Einnahmen und Ausgaben der Stadt Karlsruhe im Jahre 1904, und da ergibt sich das merkwürdige Bild, daß unter den städtischen Ausgaben rund 32% allein die Tilgung und Verzinsung der städtischen Schulden betreffen, während die Umlagen rund 33%, also 1% mehr der Einnahmen betragen. Das gibt zu denken. Wenn wir die Sache auf den Staat übertragen, und uns fragen, ob wir etwa Anleihen aufnehmen sollten im Verhältnis zu der Größe der Anleihen der Städte, so würde dies in absehbarer Zeit, zumal bei der der Regierung an sich nicht unerwünschten Bewilligungsgeneigtheit des Hohen Hauses im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo man geneigt war, möglichst wenig zu bewilligen, — dahin führen, daß das gesamte Erträgnis der direkten Staatssteuern ausschließlich hingelegt werden könnte zur Tilgung und Verzinsung der Staatsschulden. Ich wollte das heute schon erklären: In dieser Richtung glaubt die Regierung ihre Pflicht in der Weise erfüllen zu können, daß sie die dringende Bitte an das Hohe Haus richtet, alle Anträge vorsichtig nach der finanziellen Seite zu prüfen und sich nicht auf den Standpunkt zu stellen, den nach einer Zeitungsnachricht der Herr Abg. Süßkind kürzlich eingenommen hat, indem er sagte: „Die Unterbeamten haben einfach zu verlangen und der Staat hat das Geld zu verschaffen.“ Mit solchen Redensarten sollte man nicht kommen.

Auch der Herr Abg. Frühhauf gehört zu den Männern, die in der besten Meinung ihre Forderungen so hoch spannen, daß es für die Staatsfinanzen unmöglich oder sehr schwer ist, mitzukommen — Widerspruch des Abg. Frühhauf — ich brauche nur an die Schulvorlage zu erinnern.

Ich möchte zum Schlusse nochmals anknüpfen an das, was der Herr Abg. Binz am letzten Donnerstag gesagt hat, an den nationalen Gedanken, an das nationale Bewußtsein und Streben. Es wäre außerordentlich erwünscht, wenn die Reichsfinanzreform auch etwas mehr unter diesem Gesichtspunkt betrachtet würde, unter den die Großh. Regierung sie betrachtet hat. Eine solche Reform kann nur zustande kommen, wenn Opfer gebracht werden, aber nicht auf die Weise, wie der Herr Abg. Binz die Sache auffaßt, der auf der einen Seite sagt, daß der Tabak ein außerordentlich besteuernswertes Objekt darstellt, um dann zu erklären, bei uns in Baden aber geht das nicht. Das ist keine Frage; wenn nicht eine gesunde Reichsfinanzreform zustande kommt, dann werden

wir wohl noch erheblich mehr sparen müssen, als wir es leider jetzt schon tun müssen.

Ich bitte von einem überzeugt zu sein: Die Regierung ist, wenn sie Sparjamkeit walten läßt, nicht etwa geleitet von einer kleinlichen Auffassung der Dinge, und nicht von einem Mangel an Wohlwollen für die Förderung der geistigen und materiellen Interessen. Die Regierung ist lediglich von ihrem Pflichtgefühl geleitet, das ihr verbietet, an diesem, ich kann nicht anders sagen, Wettlauf teilzunehmen, der sich erhoben hat zu Gunsten verschiedener Wählerkreise und verschiedener Beamtenstände, weil sie eben belastet ist mit der außerordentlich schweren Verantwortlichkeit, und zwar mit der ausschließlichen Verantwortlichkeit für unsere gesamte Finanzlage.

Gestatten Sie mir, mit dem Wunsche zu schließen und anzuknüpfen an das, was der Herr Abg. Fehrenbach gesagt hat: Daß solche Tage, wie der heutige eine Ausnahme bilden mögen, daß es uns vielmehr vergönnt sein möchte, sachlich zusammenzuarbeiten. Der Stoff ist groß genug; es wird sich reichlich Gelegenheit zu einem Zusammenarbeiten bieten und ich habe die Hoffnung, daß ungeachtet der bestehenden Gegensätze alle Parteien, welche überhaupt ein Interesse an der Erhaltung des Staates haben, zusammenarbeiten werden für das Wohl und das Interesse des badischen Landes.

Präsident Dr. Wildens: Der Herr Staatsminister hat auf eine Äußerung des Herrn Abg. Eichhorn zurückgegriffen, die letzterer vor einigen Tagen gemacht hat, und angedeutet, daß es Sache des Präsidiums gewesen wäre, diese Äußerung zu rügen. Ich habe diese Äußerung deshalb hingehen lassen, weil ich sie für einen allerdings nicht geschmackvollen Scherz gehalten habe. Ich habe mir andererseits gesagt: die Äußerung ist in Gegenwart von Mitgliedern der Großh. Staatsregierung gefallen; ich kann es diesen überlassen, ihr entgegenzutreten, falls sie ihr eine größere Bedeutung beimessen zu müssen glauben.

Der Präsident schlägt hierauf mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit vor, die Sitzung abzubrechen.

Weiter teilt er noch mit, daß während der Sitzung eine Petition eingelaufen ist der Handarbeits- und Haus-haltungslehrerinnen der Hauptstadt Mannheim, die Abänderung des § 47 des Gesetzes über den Elementarunterricht betr.

Diese Petition wird der Schulkommission überwiesen.

Nachdem der Präsident im Benehmen mit dem Hause die Tagesordnung für die nächste Sitzung festgesetzt hat, schließt er die Sitzung um 7 Uhr 40 Min.